

KB

Unser Weg

KOMMUNISTISCHER BUND

Nr. 14

Preis 0.70

Propaganda- Offensive der Kapitalisten

Das Deutsche Industrieinstitut (DII) in Köln, ein Organ der Kapitalistenklasse, hat zu einer "Informationsoffensive" der Kapitalistenklasse aufgerufen.

In einem Brief, den das DII Anfang Dezember an zahlreiche Kapitalisten verschickte und den wir in diesem Heft abdrucken, wird darüber geklagt, daß "bei weiten Teilen der Jugend und der gutverdienenden (?) Angestelltenschaft die Verehrung roter Idole zum guten Ton gehören".

Das DII ruft die Kapitalisten auf, "sich der Herausforderung zu stellen" und den Kampf um die Erhaltung der kapitalistischen Ausbeuterordnung aufzunehmen. In einem Begleitschreiben heißt es noch ausführlicher, die "Existenz des freien Unternehmertums" sei "gefährdet", und damit auch der Bestand der kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung schlechthin. Deshalb müßten die Kapitalisten "gemeinsam um unsere Existenz und unser Ansehen kämpfen".

Das DII schlägt deshalb vor, durch eine sogenannte "Informationsoffensive" die propagandistische Bearbeitung der Bevölkerung zu verstärken und zu intensivieren. Zu diesem Zweck sollen die Kapitalisten durch Spenden die Verbreitung des vom DII herausgegebenen "Unternehmerbrief" an Schulen, Universitäten, an Pfarrer, Lehrer, Verwaltungsbeamte etc. fördern.

Das ist nicht einfach eine Werbekampagne des DII für das von ihm herausgegebene Produkt "Unternehmerbrief". Wenn das DII davon schreibt, daß "zwei Jahre sozial-liberale Koalition und Reformpolitik... der Wirtschaft der Bundesrepublik Belastungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß beschert" haben und daß die "dirigistische Beschränkung unternehmerischer Aktivität" durch die SPD "tödliche Gefahren" für die Kapitalistenklasse bringen würde - dann ist das die politische Linie von Rainer Barzel, der die SPD "in Richtung Umsturz", "hin zum sozialisierten Deutschland" sieht (BILD, 20. Sept. 71). Das ist die Sprache von CSU-Boß Strauß, der auf dem "Mittelstandstag" der CDU/CSU in Bremen (Sept. 71) den Kapitalisten einheizte, "daß das Selbstverständnis der Unternehmer hinsichtlich ihrer Existenzberechtigung noch lange nicht in unserem Lande so klar und überzeugend ist, wie es für das Fortleben der Marktwirtschaft und diese für sie unentbehrliche Schicht (d. h. die Kapitalisten) not-

INHALT

ZUR KOMMUNISTISCHEN PROGRAMMATIK
Teil 2

ZUR ENTSTEHUNG DER ARBEITERPARTEI IN
DEUTSCHLAND

ARBEITERBEWEGUNG UND SOZIALISMUS

WAS IST KLASSENBEWUSSTSEIN ?

"KPD/ML" & "KPD/AO" - Zwei Modelle
des Parteaufbaus

ZUR GRÜNDUNG DES KOMMUNISTISCHEN
BUNDES

wendig ist. -

Das Kapital macht mobil. Die Oberscharfmacher aus den Reihen des Großkapital betreiben eine noch festere Formierung der gesamten Kapitalistenklasse, und eine Verschärfung der propagandistischen Beeinflussung des Kleinbürgertums (vgl. "Zielgruppen"-Bestimmung durch das DII.)

Ergänzt wird diese Kapital-Offensive durch die Mobilisierung der "Betriebsgruppen" der SPD und der CDU/CSU. Neben den alten SPD-Gruppen haben seit einigen Monaten auch "Betriebsgruppen" der Christlich--Demokratischen Arbeitnehmerschaft (CDA) die Arbeit aufgenommen. In ihren Flugblättern, die sie vor Betrieben verteilen lassen, werfen sie den klassenbewußten Arbeitern in typisch faschistischer Manier vor, sie würden "die betriebliche Meinung verseuchen" und "den Arbeitsfrieden stören".

Wir drucken im Folgenden das Schreiben des DII ab.

DIE LAGE DES UNTERNEHMERS IN DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND - Aufruf des Vorstandes des Deutschen Industrieinstituts Köln

Die Existenz des freien Unternehmertums ist gefährdet und damit auch der Bestand unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung. Von links außen nach links innen reicht die Front der Agitatoren, die den Unternehmer als böse Verkörperung des Privatkapitalismus zur Zielscheibe ihrer Angriffe gemacht haben. Linksextremismus auf der einen und dirigistische Beschränkung auf der anderen Seite sind tödliche Gefahren für uns alle.

Trotzdem übt sich die überwiegende Mehrheit deutscher Unternehmer noch immer in vornehmer Zurückhaltung, wenn es um die Verteidigung ihrer Freiheit geht. Und die Minderheit engagierter Unternehmer, die nicht erdulden, sondern mitgestalten will, ist geblieben, was sie war : eine Minderheit.

Wenn wir nicht Gefahr laufen wollen, in einer Woge von Fanatismus, Ideologisierung und Reformutopien unterzugehen, müssen wir gemeinsam um unsere Existenz und unser Ansehen kämpfen.

Dazu rufen wir sie auf! Die wirkungsvolle Waffe für diese gesamtunternehmerische Öffentlichkeitsarbeit ist vorhanden : die "Informationsoffensive des Deutschen Industrieinstituts". Ihr Ziel ist die Aufklärung und Aktivierung der schweigenden Mehrheit unserer Bevölkerung, deren Schweigen der Gefährdung unserer Wirtschaftsordnung Vorschub leistet. Zahlreiche Unternehmen und Verbände beteiligen sich seit langem an dieser Offensive und verhelfen ihr zum Erfolg. Ihre Beteiligung an der Informationsoffensive mit dem "Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts" würde die Basis verbreitern und die Wirksamkeit steigern. Scheuen sie nicht die vergleichsweise geringen Kosten für mindestens 5 Betreuungsabonnements. Sie investieren in Ihrem eigenen Interesse. Sie investieren in ihre Zukunft.

ZIELGRUPPE :	Besonders ausgesuchte Empfänger, die durch Beruf oder Stellung zur öffentlichen Meinungsbildung beitragen.
INFORMATIONSMITTEL :	Der "Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts". Sein hoher Informationswert für Empfänger außerhalb der Wirtschaft macht ihn zum idealen Mittel unternehmerischer Öffentlichkeitsarbeit. Er bringt aktuelle Zahlen, kontert Angriffe, bietet Einblick in das interne Unternehmergespräch, legt unternehmerische Probleme dar und erzeugt dadurch Verständnis für den Unternehmer und seine Stellung in Wirtschaft und Gesellschaft.
WELCHE EMPFÄNGER WERDEN IN DER ZIELGRUPPE BELIEFERT :	Schwerpunkt der Informationsoffensive sind die Bereiche Schule, Hochschule, Kirchen, Politik und Verwaltung. Zum Beispiel : Nur ein Drittel der rd. 1800 Oberschulen (Gymnasien) und der 1400 Realschulen erhalten derzeit den Unternehmerbrief; von den etwa 5500 Berufs-, Berufsfach- und Fachschulen können nur 5% mit dem Unternehmerbrief beliefert werden. Auf Informationen vom Unternehmer warten außerdem zum Beispiel : 40 000 WISO-Studenten und ihre rd. 3500 Hochschullehrer, c. a. 35 000 Geistliche, 3000 führende Politiker, 7000 leitende Verwaltungsbeamte, 1400 Sozial- und Arbeitsrichter, 8,6 Millionen Schüler mit ihren 294 000 Lehrern.

DEUTSCHES INDUSTRIEINSTITUT

DIREKTOR

An die
Geschäftsleitung
-.-.-.-.-

5 KÖLN 51, 6. Dez. 1971
POSTFACH 510669

IHRE ZEICHEN:

IHR SCHREIBEN:

UNSER ZEICHEN:

DURCHWAHL-NR.:

VSt/1a

37 04/ 336

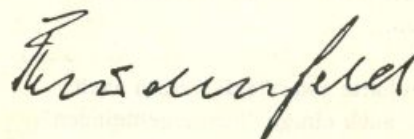
Sehr geehrte Damen und Herren,

zwei Jahre sozial-liberale Koalition und Reformpolitik haben der Wirtschaft der Bundesrepublik Belastungen in bisher nicht gekanntem Ausmaß beschert. Ein Ende dieser Entwicklung ist nicht abzusehen, auch wenn die Grenze der Belastbarkeit bereits überschritten ist und die Folgen sich abzeichnen.

Gleichzeitig sieht sich das freie private Unternehmertum mit der Tatsache konfrontiert, daß die Auseinandersetzung um die Zukunft unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung an Schärfe deutlich zunimmt. Mehr noch: wenn man feststellen muß, daß bei Teilen der Jugend und der gutverdienenden Angestelltenschaft Unternehmerfeindlichkeit und die Verehrung roter Idole zum guten Ton gehören, dann ist dies ein Alarmzeichen!

Die Unternehmerschaft muß sich der Herausforderung stellen und den Kampf um die marktwirtschaftliche Freiheit aufnehmen, wenn sie nicht eines Tages als unterprivilegierte Minderheit enden will. Die Intensivierung gezielter und geduldiger Öffentlichkeitsarbeit aller Unternehmer ist die wirkungsvolle Waffe in diesem Kampf. Wir bitten Sie daher um Ihre Beteiligung an der "Informations-Offensive" mit dem Unternehmerbrief des Deutschen Industrieinstituts - in Ihrem ureigensten Interesse.

Mit freundlichen Grüßen
DEUTSCHES INDUSTRIEINSTITUT



Anlagen

ZUR KOMMUNISTISCHEN PROGRAMMATIK

TEIL 2

Unter dem Titel "Zur Kommunistischen Programmatik" veröffentlichen wir Diskussionsbeiträge zu Fragen kommunistischer Strategie und Taktik und des Parteaufbaus. Es erscheint uns notwendig, daß vor allem die KB-Gruppen ihre Kritik und Beiträge mitteilen, um diese berücksichtigen zu können.

In diesem Heft vergleichen wir zwei Modelle des Parteaufbaus, nämlich das der "KPD/ML"(RM) und das der "KPD" (ehem. "KPD/Ao") und erläutern etwas ausführlicher die KB-Gründung zu der inzwischen von den Bremer Genossen eine Kritik vorliegt (KAK, Nr. 10/71).

An den Anfang stellen wir einen Beitrag zum Verhältnis Spontane Arbeiterbewegung-Bewußtheit.

Im nächsten Heft soll ein Beitrag zu Fragen des Parteaufbaus, unter dem besonderen Blickwinkel aktueller Verbotsdrohungen gegen die Kommunisten, abgedruckt werden. Das Verhalten einzelner Organisationen und Gruppen (besonders DKP und "KPD/ML") zu den Illegalisierungs-Vorbereitungen soll untersucht werden.

Zur Entstehung der Arbeiterpartei in Deutschland

In Deutschland begannen sich zu Beginn des 19. Jahrhunderts kapitalistische Produktionsverhältnisse herauszubilden. In den 30er Jahren des 19. Jh. bildeten sich in der noch zahlenmäßig schwachen deutschen Arbeiterklasse erste Geheimorganisationen heraus. Auf Grund der Struktur der deutschen Arbeiterklasse jener Zeit (relativ geringer Anteil von Industrie-Arbeitern) und bedingt durch die Unterdrückung des Volkes in Deutschland selbst waren Träger dieser ersten proletarischen Organisationen wandernde deutsche Handwerksgelegen im demokratischen Ausland (Frankreich, England, Schweiz).

So wurde in Paris der Bund der Geächteten gegründet, der die Einigung Deutschlands und die Vernichtung der Fürstenherrschaft zum Ziel hatte. Die Führung des Bundes lag bei kleinbürgerlichen Intellektuellen. In den Jahren 1836 - 38 vollzog sich die Trennung der bewußteren Mitglieder vom kleinbürgerlich-demokratischen Bund der Geächteten. 1838 wurde der Bund der Gerechten gegründet. Das Programm des neuen Bundes stammte von Weitling, der einen utopischen Sozialismus vertrat. Der Bund der Gerechten, der zunächst eine fortschrittliche Rolle gespielt hatte, erstarrte in den Jahren 1843/44 im Sektenwesen.

Der Bund der Gerechten hatte zwar Beziehungen nach Deutschland hinein, wo auch einige "Bundesgemeinden" existierten; in erster Linie widerspiegelte er aber doch die Situation deutscher Arbeiter im Ausland, namentlich unter den Bedingungen fortgeschrittenerer Klassenkämpfe wie in Frankreich. Der Bund der Gerechten verkörperte

daher - trotz seiner Beschränktheit - ein Element der Bewußtheit, das nicht Produkt der Klassenkämpfe in Deutschland selbst war und über diese weit hinausging.

Erster Aufschwung der spontanen Arbeiterkämpfe

Unabhängig vom Bund der Gerechten nahm in Deutschland - begründet in der zunehmenden Stärke und Konzentration des Proletariats sowie in der krisenhaften Entwicklung des Kapitalismus - eine spontane Abwehrbewegung der Arbeiterklasse ihren Anfang.

Am Beginn steht die blutig niedergeschlagene Revolte schlesischer Textil-Arbeiter im Juni 1844 (Weberaufstand). Streiks von Textil-Arbeitern in Berlin, von Arbeitern beim Eisenbahnbau in Preußen und Sachsen und von Arbeitern der Magdeburger Zuckerfabriken folgten. Die sich spontan entfaltenden Kämpfe verliefen auf dieser Entwicklungsstufe ganz unsystematisch und unorganisiert. Brachten die Schikanen des Kapitalismus "das Faß zum Überlaufen", so entstanden spontane Revolten, die nach ihrer Niederschlagung zunächst kaum mehr hinterließen als Apathie. Oft richteten die kämpfenden Arbeiter ihren Haß in erster Linie gegen die modernen Maschinen, in denen sie ihre Konkurrenten sehen mußten. Es war so, wie Lenin über die Streiks der sechziger und

siebziger Jahre in Rußland schrieb:

".. Auch die primitiven Revolten brachten schon ein gewisses Erwachen des Bewußtseins zum Ausdruck: die Arbeiter verloren den Glauben an die Unerschütterlichkeit der sie unterdrückenden Ordnung, sie begannen die Notwendigkeit einer kollektiven Abwehr... ich will nicht sagen zu verstehen, so doch zu empfinden, und brachen entschieden mit der sklavischen Unterwürfigkeit vor der Obrigkeit. Aber das war dennoch viel eher Ausdruck der Verzweiflung und Rache als Kampf."

Die Mißernten von 1845/46 und die beginnende internationale Krise des Kapitalismus führten im Frühjahr 1847 zu ausgedehnten Hungerrevolten, die mit Polizei und Militär von der Reaktion niedergeschlagen wurden.

Es stand also auf der einen Seite das spontane Erwachen der Arbeiterklasse und auf der anderen Seite das Element einer gewissen Bewußtheit, vertreten durch den Bund der Gerechten und ähnliche Geheim-Organisationen, die kleinbürgerlich-revolutionären Ideologien folgten. Zwischen beiden gab es noch kaum Verbindungen. Marx und Engels arbeiteten seit Mitte der 40er Jahre an den Grundlagen des wissenschaftlichen Sozialismus. In "Die Heilige Familie", "Die Deutsche Ideologie", "Thesen über Feuerbach" und "Das Elend der Philosophie" setzten sie sich 1845 - 47 mit verschiedenen Varianten der bürgerlichen Ideologie auseinander. Auf der von Marx und Engels erarbeiteten programmatischen Grundlage wurde 1847 in London der Bund der Kommunisten gegründet. Gruppen des Bundes entstanden u. a. in Berlin, Hamburg, Köln, Leipzig, Magdeburg und Mainz. Im Februar 1848 erschien das Manifest der Kommunistischen Partei.

In der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848 nahm die deutsche Arbeiterklasse einen hervorragenden Platz ein. Die Mehrheit der Barrikadenkämpfer war Arbeiter. Dennoch wurde aber nur eine Minderheit der Arbeiterklasse in die Revolution hineingezogen.

Obwohl der Bund

Kommunisten in der Revolution eine hervorragende Rolle spielte, blieb die Arbeiterklasse im Schlepptau des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie, die die Revolution schließlich verrieten.

Hatte der Bund der Kommunisten auch "theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus" (Manifest), so war diese Einsicht unter den gegebenen Bedingungen noch nicht zu vermitteln. Immerhin entstanden im Aufschwung der Streikbewegung 1848 die ersten gesamtdeutschen Gewerkschaftsverbände, nämlich der National-Buchdruckerverein und die Assoziation der Zigarrenarbeiter Deutschlands. Hierin kam das wachsende Verständnis der deutschen Arbeiterklasse für die Notwendigkeit einer gewerkschaftlichen Organisation zum Ausdruck. Daneben entstanden - in Unterordnung unter die kleinbürgerliche Ideologie - erste politische Arbeitervereine, von denen sich etwa 40 im Spätsommer 1848 zu einer gesamtdeutschen Arbeiterverbrüderung zusammenschlossen.

Dem Scheitern der bürgerlich-demokratischen Revolution von 1848/49 folgte eine Zeit düsterster politischer Reaktion. Die jungen gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter wurden unterdrückt und aufgelöst.

Mit dem Aufschwung des deutschen Kapitalismus in den folgenden Jahrzehnten (vgl. die Tabellen) machte aber auch die Formierung eines industriellen Proletariats rasche Fortschritte. Das Ergebnis war ein neuer Aufschwung spontaner Massenkämpfe. Bereits im Zeitraum 1852 - 59 gab es über 100 Streikkämpfe, von denen fast die Hälfte durch Polizei-Einsatz unterdrückt wurden.

DAMPFMASCHINEN IN MIO. PS

Jahr	Deutschland	England	Frankreich
1850	0,26	1,29	0,37
1860	0,85	2,45	1,12
1870	2,48	4,04	1,85

KOHLEPRODUKTION IN MIO. t

Jahr	Deutschland	England	Frankreich	USA
1850	7	49	4	6
1860	17	81	8	13
1870	34	110	13	30

ROHEISENPRODUKTION IN MIO. t.

Jahr	Deutschland	England	Frankreich	USA
1850	0,21	2,25	0,4	0,57
1860	0,55	3,89	0,9	0,83
1870	1,39	6,06	1,18	1,69

Lösung von der Bourgeoisie

Das Ergebnis der Erfahrungen der Revolution von 1848/49 und des neuen Aufschwungs der spontanen Kämpfe war auch eine allmähliche Lösung der bewußtesten Arbeiter vom direkten Einfluß der liberalen Bourgeoisie und des demokratischen Kleinbürgertums.

Im Mai 1863 wurde in Leipzig der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein gegründet, der "die Arbeiterklasse aus einem Anhängsel der liberalen Bourgeoisie zu einer selbständigen politischen Partei machte" (Lenin, Protest russischer Sozialdemokraten, 1899). Auch der Allgemeine Deutsche Arbeiterverein, durch seinen Führer Lasalle auf "staatssozialistische" Konzeptionen und den Bund mit dem bismarckschen Preußen festgelegt - blieb jedoch in den Fesseln einer bürgerlich bestimmten Politik.

Gleichzeitig nahmen die spontanen Massenkämpfe an Stärke und Umfang zu. Hatte in den 50er Jahren der Höhepunkt bei 60 Streiks im Jahre 1857 gelegen, so nun-

GEWERKSCHAFTLICH ORGANISIERTE ARBEITER (ZENTRALVERBÄNDE)	
Jahr	Mitglieder
1870	15 000
1875	25 000
1878	40 000
1885	90 000
1889	120 000
1890	250 000
1898	500 000

mehr bei 150 Streiks im Jahre 1865. Es entstanden verschiedene Formen gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse in den Jahren 1868/69. So der von der bürgerlichen Fortschrittspartei kontrollierte Verband (später nach den Gründern als Hirsch-Dunckersche Verbände bezeichnet, die "gelben" Gewerkschaften der Weimarer Republik) und die Gewerkschaft des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins, die Deutschen Arbeiterschaften.

Das Scheitern der Revolution von 1848/49 hatte vor allem die revolutionären Kräfte zunächst erheblich zurückgeworfen. Ihre Führer wurden erneut ins Exil gezwungen, die Verbindungen nach Deutschland zerbrachen. 1852 sahen sie sich daher zur Auflösung des Bundes der Kommunisten gezwungen. Im Herbst 1864 konnte in London als Nachfolgerin des Bundes die Internationale Arbeiterassoziation gegründet werden, zu deren Führung Marx und Engels gehörten. Unter Anleitung der Internationalen wurden im Gegensatz zu den bürgerlich geführten Gewerkschaften im Frühjahr 1869 unter Führung Bebels und Wilhelm Liebknechts die Internationalen Gewerksgenossenschaften gegründet.

Im August 1869 wurde in Eisenach die Sozialdemokratische Arbeiterpartei gegründet, die erste revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse. Im Mai 1875 vereinigte sich diese mit dem Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein zur Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands in Gotha, 1890 in Sozialdemokratische Partei Deutschland (SPD) umbenannt. Einige Wochen später folgte ein Zusammenschluß der Sozialdemokratischen und Lasalle'schen Gewerkschaften.

Die Schwäche der Arbeiterbewegung, und namentlich des Elements der Bewußtheit, im Deutschland dieser Zeit, zeigen folgende Zahlen: nur höchstens 2,5 % der deutschen Arbeiterklasse waren 1875 gewerkschaftlich organisiert; von den Industrie-Arbeitern waren sogar nur weniger als 1 % gewerkschaftlich organisiert. Die stärkste Streikaktivität wurde im Handwerk und Baugewerbe entfaltet, während es - abgesehen von Bergbau und Textil-Industrie - noch kaum Streiks in größeren Betrieben gab.

Die beiden folgenden Tabellen zeigen die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und der politischen Partei der Arbeiterklasse.

WAHLERGEBNISSE DER SPD	
Jahr	Stimmen
1871	41 500
1874	171 400
1877	493 000
1878	437 200
1881	312 000
1884	550 000
1887	763 000
1890	1,43 Mio.
1893	1,8 Mio.

Erst allmählich entstand also in den Massenkämpfen ein breites gewerkschaftliches Bewußtsein, und erst allmählich gewann die sozialistische Partei die Mehrheit der Arbeiterklasse für ihr politisches Programm.

Die Entfaltung der spontanen Massenkämpfe verlief zunächst unabhängig bzw. weitgehend unabhängig vom Einfluß der sozialistischen Partei. Der Streik von 150 000 Arbeitern des Steinkohlebergbaus 1889, davon fast 10 000 im Ruhrgebiet, war der erste wirkliche Massenstreik in Deutschland. Aber bis zu diesem Streik hatte die sozialistische Partei kaum Einfluß unter den Arbeitern des Ruhrgebiets besessen, sondern gewann ihn erst im Streik.

Der Streik von 18 000 Hamburger Hafenarbeitern wurde 11 Wochen durchgehalten (vom 21. November 1896 bis 6. Februar 1897), obwohl nicht einmal 20 % der Arbeiter gewerkschaftlich organisiert waren.

ARBEITERBEWEGUNG und SOZIALISMUS

Der wissenschaftliche Sozialismus wies den Weg vom blinden Protest und unorganisierter Revolte zum organisierten Klassenkampf um die Abschaffung der kapitalistischen Ausbeuterordnung.

Der wissenschaftliche Sozialismus entstand jedoch nicht naturwüchsig aus den spontanen Kämpfen heraus, sondern außerhalb derselben und wurde erst dann in diese hineingetragen.

Lenin beschreibt dies für Rußland in "Was tun?":

"Die Geschichte aller Länder zeugt davon, daß die Arbeiterklasse ausschließlich aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorzubringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m. Die Lehre des Sozialismus ist hingegen aus den philosophischen, historischen und ökonomischen Theorien hervorgegangen, die von den gebildeten Vertretern der besitzenden Klassen, der Intelligenz, ausgearbeitet wurden ... Ebenso entstand auch in Rußland die theoretische Lehre der Sozialdemokratie ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung, entstand als natürliches und unvermeidliches Ergebnis der ideologischen Entwicklung der revolutionären sozialistischen Intelligenz ..." -

Marx und Engels erarbeiteten schon in den 40er Jahren des 19. Jahrhunderts die Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus, zu einer Zeit, wo Umfang und Zahl von Kämpfen der deutschen Arbeiterklasse noch sehr gering waren, und wo die Arbeiterklasse selbst noch zahlenmäßig und politisch schwach war.

Dennoch ist es mißverständlich, davon zu sprechen, ihre Arbeit sei "ganz unabhängig von dem spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung" erfolgt. Ihre erste Auseinandersetzung mit der bürgerlichen Ideologie ("Heilige Familie", "Deutsche Ideologie", "Elend der Philosophie") erfolgte vielmehr unter dem Eindruck und Einfluß des ersten Aufschwungs der spontanen Arbeiterkämpfe in Deutschland (1844-47) und erster zaghafter Organisations-Versuche (Bund der Geächteten, Bund der Gerechten). Das Manifest der Kommunistischen Partei erschien im Februar 1848, am Vorabend einer bürgerlichen-demokratischen Revolution.

Unmöglich hätten die genannten Arbeiten entstehen können ohne vorhergehende Untersuchung des entwickelten Standes des Kapitalismus und der Klassenkämpfe in England und Frankreich, namentlich der Erfahrungen der französischen Revolution von 1830.

Im übrigen haben Marx und Engels - ebenso wenig wie später Lenin oder Mao - den sich entwickelnden Klassenkämpfen nicht als passive Beobachter und Kommentatoren gegenübergestanden, sondern haben auf Seiten des Prole-

tiats und der Bauernschaft an den Kämpfen teilgenommen. Hieraus gingen wiederum Konkretisierungen und Ergänzungen ihrer Theorie hervor.

Die Herausbildung einer revolutionären sozialistischen Intelligenz aus den Reihen des Kleinbürgertums und der Bourgeoisie ist das Ergebnis des Eintretens der Arbeiterklasse in die Klassenkämpfe. Unabhängig vom spontanen Anwachsen der Arbeiterbewegung wäre es nie zur Herausbildung einer revolutionären Intelligenz gekommen.

Der "dumme Arbeiter"

Nach Ansicht mancher heutiger Ideologen der kleinbürgerlichen Intelligenz bleibt "der Arbeiter" auf seine platte "sinnliche Erfahrung" festgenagelt, während es der Intelligenz vorbehalten bleibt, sich in die Sphären der "rationalen Erkenntnis" aufzuschwingen. Von dort steigen die Herrschaften dann gelegentlich "ins Volk" herab, um dem ahnungslosen Arbeiter "ihre (der Intelligenz !) Weltanschauung zu überbringen" (Roter Morgen, Bauen wir eine starke bolschewistische Partei auf, Jan./Febr. 70).

In diesem Sinne hieß es noch in den Thesen der Leitung des Hamburger KSB/ML zur Vorbereitung des Plenums vom 30. Juni 71:

"Der Träger der Wissenschaft im Kapitalismus ... ist nicht das Proletariat, sondern die bürgerliche bzw. kleinbürgerliche Intelligenz ... deshalb ist klar, daß die Herausarbeitung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus die Sache einiger weniger kommunistischer Intellektueller ist, die hierfür die Zeit und die Möglichkeit haben ..."

Lenin, der in "Was tun?" die Rolle der Intelligenz, der revolutionären sozialistischen Intelligenz für die Arbeiterbewegung würdigte, hat sich dennoch später in der Polemik mit Trotzki entschieden gegen dessen demagogische Behauptung gewandt, die Intelligenz habe "die erwachende Arbeiterklasse hinter sich hergeführt". Lenin schrieb dazu:

"Das ist das altbekannte liberale und liquidatorische Liedchen, das in Wirklichkeit die Verneinung der Partei einleitet. Dieses Lied beruht auf einer Entstellung der geschichtlichen Tatsachen. Bereits die Streiks der Jahre 1895 und 1896 haben eine sowohl ideologisch als auch organisatorisch mit der Sozialdemokratie verbundene proletarische Massenbewegung hervorgerufen." (Über die Verletzung der Einheit, Mai 1914)

Lenin bringt an dieser Stelle die folgenden Angaben: *

Offenbar entsprechen die Behauptungen einiger heutiger Ideologen der bürgerlichen Intelligenz über ihre eigene Bedeutung nicht den historischen Tatsachen. Es ist durchaus nicht so, "daß die Herausarbeitung der Theorie des wissenschaftlichen Sozialismus die Sache einiger weniger kom-

munistischer Intellektueller ist", d. h. eine Domäne der kleinbürgerlichen Intelligenz. Lenin schrieb in einer Fußnote zu "Was tun?":

"... Dies heißt selbstverständlich nicht, daß die Arbeiter an dieser Ausarbeitung nicht teilnehmen. Aber sie nehmen daran nicht als Arbeiter teil, sondern als Theoretiker des Sozialismus, ... Sie nehmen nur dann insoweit daran teil, als es ihnen in höherem oder geringerem Maße gelingt, sich das Wissen ihres Zeitalters anzueignen und dieses Wissen zu bereichern. Damit aber den Arbeitern dieses häufiger gelinge, ist es notwendig, alles zu tun, um das Niveau der Bewußtheit der Arbeiter im allgemeinen zu heben .."

Lenin hielt es für notwendig, möglichst zahlreiche und qualifizierte Theoretiker und revolutionäre Kader aus den Reihen der Arbeiterklasse selbst heranzuziehen.

Die heutigen Ideologen der bürgerlichen Intelligenz meinen dagegen, daß die Parole Mao Tse-tangs "Die Arbeiterklasse

muß bei allem die Führung haben" erst nach der sozialistischen Revolution oder womöglich erst nach einer Kulturrevolution aktuell wird. Bis dahin soll gefälligst die Arbeiterklasse ihnen, den Intellektuellen, die Führung überlassen.

Es ist indessen nicht zu übersehen, daß die kleinbürgerliche und bürgerliche Intelligenz auch den Stempel ihrer Klassenherkunft trägt, daß sie ihre bürgerlichen Angewohnheiten und Denkweise in die kommunistischen Organisationen hineinträgt. Damit bildet sie - gerade bei einer relativen Schwäche der Arbeiterbewegung - eine ständige Quelle aller Spielarten des Opportunismus.

Nach Ansicht einiger Genossen ist es einfach ein einmaliger Willensakt, mit dem sich der kleinbürgerliche oder bürgerliche Intellektuelle "auf den Standpunkt des Proletariats stellt", und da steht er dann wie der standhafte Zinnsoldat. Diese Ansicht ist nichts weiter als Idealismus. Die Überwindung klassenmäßig geprägter Angewohnheiten erfordert mehr als einfach nur guten Willen, subjektive Bereitschaft. Sie erfordert einen längeren Prozeß der Umerziehung.

Woher kommt das Klassenbewußtsein?

Einige Genossen sind der Meinung, sie müßten höchstpersönlich der Arbeiterklasse das Klassenbewußtsein "überbringen", da diese aus sich selbst heraus kein solches Bewußtsein entwickeln kann.

Diese Genossen verwechseln offenbar zweierlei, nämlich auf der einen Seite das Klassenbewußtsein und auf der anderen Seite das politische, sozialistische Bewußtsein, wovon Lenin in der Tat sagt, daß es den Arbeitern "nur von außen gebracht werden" kann.

In den Kämpfen der Arbeiterklasse bildet sich spontan ein Bewußtsein ihrer Gegensätzlichkeit zur Kapitalistenklasse. Es war gerade vor einigen Wochen im Streik der Metaller Nordbaden-Nordwürttemberg zu beobachten, daß in diesem Bereich das Klassenbewußtsein relativ stark entwickelt ist, obwohl (oder: weil? ...) hier die Aktivität von "ML"-Parteien praktisch gleich null ist. In Mannheim, dem Zentrum des Streiks, existiert z. Z. überhaupt keine "ML"-Gruppe.

Sehen wir uns die Parolen an, die bei Daimler-Benz Mannheim vorm Betrieb angebracht waren. Es hieß da u. a. "Gegen die Unternehmerbrutalität steht die Arbeitersolidarität", "Wir Arbeiter sind stärker als Schleyer und Frankenberger", "Kann Schleyer nicht mehr weiter, übernehmen den Betrieb die Benz-Arbeiter", "Gegen das Lohn-diktat von Gesamtmetall kämpfen wir Arbeiter überall" und "geschlossene Arbeitermacht kämpft gegen Kapitalherrschaft". Wenn diese Parolen nicht Klassenbewußtsein ausdrücken, was dann? Und das ist ein Betrieb mit einem Betriebsrat aus Mitgliedern der SPD und DKP.

Offenbar ist dieses Klassenbewußtsein das Produkt bestimmter Kampferfahrungen (besonders der Streik von 1963) und einer hohen Konzentration (Zusammenballung) des Proletariats.



Das Klassenbewußtsein widerspiegelt die Kämpfe, die die Arbeiterklasse gegen die Bourgeoisie führt. Grundsätzlich findet natürlich ständig Klassenkampf zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie statt, in Form der Beziehungen, in denen sich diese gegenüberstehen. Diese Beziehungen sind Klassenkampf, auch wenn sie nicht die Form offener und ausgedehnter Kämpfe annehmen.

Es sind aber in erster Linie die Konfrontationen Klasse gegen Klasse, in denen sich Klassenbewußtsein als Bewußtsein der Gegensätzlichkeit der Interessen von Proletariat und Bourgeoisie heranbildet.

Es ist deshalb ganz natürlich, daß die Arbeiter in Italien oder Frankreich ein entwickelteres Klassenbewußtsein haben als die Arbeiter in der BRD, wo die Klassenkämpfe auf einem vergleichsweise niedrigen Niveau geführt werden.

"Vor allen Dingen sind die Marxisten der Meinung, daß die Produktionstätigkeit der Menschen die allerwesentlichste praktische Tätigkeit darstellt, die jede andere Tätigkeit bestimmt.

Die Erkenntnis der Menschen hängt hauptsächlich von ihrer Tätigkeit in der materiellen Produktion ab, in deren Verlauf die Menschen allmählich die Erscheinungen, Eigenschaften und Gesetzmäßigkeiten der Natur begreifen; zugleich erkennen sie durch ihre Produktionstätigkeit auch allmählich in unterschiedlichem Maß bestimmte Beziehungen zwischen den Menschen. All diese Dinge können nicht losgelöst von der Produktionstätigkeit erworben werden." (Mao Tse-tung, Über die Praxis)

Hieraus folgt nicht, daß die Kommunisten keinen Einfluß auf die Stärkung des Klassenbewußtseins nehmen können oder sollen.

Im Kapitalismus ist der Erfahrungshorizont des einzelnen Arbeiters naturgemäß begrenzt. Was außerhalb dieses Erfahrungsbereichs vorgeht, erfährt der Arbeiter nur vermittelt durch die "Massenmedien" der Bourgeoisie. Auch diese Dinge werden zu Erfahrungen, aber sie geben ein mehr oder weniger verzerrtes und unvollständiges Bild der Wirklichkeit. Wichtige Kampferfahrungen der Arbeiter in anderen Regionen werden von der bürgerlichen Presse etc. schlichtweg unterschlagen. Ist der Arbeiter relativ bewußt, so hat er gelernt, die Lügen der bürgerlichen "Massenmedien" zu durchschauen und sich auf die Dinge "seinen Vers zu machen". Er kann aber unmöglich Dinge verstehen, die er auf diesem Weg überhaupt nicht erfährt.

Es ist vor allem die kommunistische Presse, die eine systematische Information und Bewußtseinsbildung über die Gesamtheit und Allseitigkeit der Kämpfe und deren Erfahrungen ermöglichen muß. Das setzt eine nationale politische Zeitung voraus, die sich auf ein Netz von Arbeiter-Korrespondenten in den industriellen Schwerpunkten stützen kann.

Die politische Zeitung wird sich natürlich nicht darauf beschränken, Informationen über aktuelle Ereignisse zu vermitteln, sondern sie wird Erfahrungen systematisieren, die Erfahrungen des fortgeschrittensten Teil der Arbeiterklasse allgemein propagieren, sie wird die historischen Erfahrungen des Klassenkampfes vermitteln, die Theorie des Marxismus-Leninismus propagieren.

Hierzu bemerkt Lenin jedoch einschränkend:

"... Es gibt natürlich die noch viel umfassendere kollektive Erfahrung der Menschheit, die in der Geschichte der internationalen Demokratie und der internationalen Sozialdemokratie ihren Niederschlag gefunden hat und von den führenden Vertretern des revolutionären Denkens fixiert worden ist. Aus dieser Erfahrung schöpft unsere Partei das Material für die tägliche Propaganda und Agitation. Doch solange die Gesellschaft auf der Unterdrückung und Ausbeutung der Millionen Werktätigen beruht, können nur wenige unmittelbar aus dieser Erfahrung lernen. Die Massen müssen vielmehr aus ihrer eigenen Erfahrung lernen und jede Lektion mit schweren Opfern bezahlen ..." (Werke, Bd. 9, S. 138)

Offensichtlich richtig! Die kommunistische, "ML"- und revisionistische Presse erreicht zusammengekommen kaum 100 000 Menschen. Zu einem großen Teil nicht einmal Arbeiter, sondern Studenten und Kleinbürger!

Einen größeren Teil erreichen wir mit Flugblättern und Betriebszeitungen. Diese enthalten aber auch normalerweise erheblich weniger an Informationen; und beziehen sich weitgehend auf die Erfahrungen der Angesprochenen.



40.000 Metaller in Stuttgart

Die Dogmatiker kapieren nicht, daß die Massen in erster Linie aus eigenen Erfahrungen lernen. Sie glauben allen Ernstes, in der Massen-Agitation (Flugblatt-Verteilung) die Arbeiter davon überzeugen zu können, "daß man die KPD/ML (etc.) unterstützen muß" usw. usf. Da sie das bei den Arbeitern spontan vorhandene Klassenbewußtsein negieren, kommen sie auch gar nicht auf den Gedanken, mit ihrer Agitation an diesem Bewußtsein anzuknüpfen und es systematisch zu entwickeln.

Von diesen "theoretischen" Dogmatikern unterscheiden sich die "praktischen" Dogmatiker nur geringfügig. Sie wollen die Arbeiter darüber schulmeistern, wie sie ihren Kampf zu führen haben. Sie stellen z. B. eine bestimmte Lohnforderung auf und halten dieses "eisern" durch bis zum Tarifaßschluß, d. h. sie führen neben der Arbeiterklasse her ihren eigenen "Tarifkampf". So haben es die übergeschnappten Studenten von der "KPD" mit der 120, -- Mark-Forderung im letzten Metall-Tarifkampf gemacht.

Noch ärger trieb es die "KPD/ML (ZB)", die vor Daimler-Benz in Mannheim unter Wiesbadener Kontaktadresse (!) ein Flugblatt verteilen ließ, dessen zentrale Forderung war: "Die Streikleitung muß weg".

Das sozialistische Bewußtsein

Lenin schreibt in "Was tun?", daß "die Arbeiterklasse aus eigener Kraft nur ein trade-unionistisches Bewußtsein hervorbringen vermag, d. h. die Überzeugung von der Notwendigkeit, sich in Verbänden zusammenzuschließen, einen Kampf gegen die Unternehmer zu führen, der Regierung diese oder jene für die Arbeiter notwendigen Gesetze abzutrotzen u. a. m.". Es fehlt den Arbeitern aber das sozialistische Bewußtsein, das Lenin definiert als "Erkenntnis der unversöhnlichen Gegensätzlichkeit ihrer Interessen zu dem gesamten gegenwärtigen politischen und sozialen System".

Das Klassenbewußtsein umfaßt das Bewußtsein der Existenz von Klassen. Das Klassenbewußtsein bedeutet zunächst noch nicht das Verständnis der Unversöhnlichkeit dieser Gegensätzlichkeit; es kann sich einfach auf der Ebene befinden, "ein möglichst großes Stück vom Kuchen abzubekommen". Diesem Bewußtsein entsprach Brandt sehr treffend, wenn er sagte, man müsse die "Kuh" Kapitalismus "gut behandeln, damit man sie melken kann und damit sie nicht von der Weide läuft". Der Arbeiter begreift sich auf dieser Stufe des Bewußtseins als Teil einer Klasse mit besonderen Interessen, aber er akzeptiert den Kapitalismus als äußeren Rahmen für die Austragung dieses Interessengegensatzes.

Nach Klassenbewußtsein

Auf einer höheren Stufe erfaßt das Klassenbewußtsein auch die Unversöhnlichkeit des Klassengegensatzes. Die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung, die Errichtung einer Gesellschaft ohne Kapitalisten wird ins Auge gefaßt.

Dieses Bewußtsein bedeutet aber noch nicht, daß nun etwa auch die Rolle der SPD-Regierung als äußere Hülle des kapitalistischen Staates umfassend verstanden würde, daß ein klares Bewußtsein über das Zusammenspiel von Kapitalisten und Gewerkschaftsführern bestünde usw. usf.

Das sozialistische Bewußtsein geht weiter als das entwickelte Klassenbewußtsein, denn es beinhaltet das umfassende Verständnis für die Rolle des kapitalistischen Staates (un-

abhängig von seiner aktuellen politischen Hülle), Bewußtsein über die prinzipielle Bedeutung und die konkreten Schachzüge der Agenten des Kapitals (SPD, Gewerkschaften) und die Notwendigkeit des Aufbaus einer revolutionären Partei des Proletariats.

Das sozialistische Bewußtsein ist aber von dem entwickelten Klassenbewußtsein nicht durch eine "chinesische Mauer" getrennt. Die Existenz einer Vielzahl von Fraktionen der proletarischen Vorhut (linke SPD, DKP und SDAJ, kommunistische Zirkel) ist äußerer Ausdruck dieser Tatsache.

Das sozialistische Bewußtsein wird im wesentlichen von außen in die Arbeiterklasse hineingetragen. "Von außen, also von Vertretern der Intelligenz" (RM, Jan./Febr. 70), triumphieren einige Ideologen der kleinbürgerlichen Intelligenz. - Unsinn! "Von außen" bedeutet nicht, daß es sich um Menschen handeln muß, die nicht im kapitalistischen Produktionsprozeß stehen. Es bedeutet lediglich, daß das sozialistische Bewußtsein nicht aus dem Produktionsprozeß heraus naturwüchsig entsteht, sondern aus einem Bereich außerhalb der unmittelbaren materiellen Produktion.

Das sozialistische Bewußtsein entsteht auf der einen Seite durch die kommunistische Presse, die die Erfahrungen der Arbeiterklasse (und nicht nur der Arbeiter eines Betriebes oder eines Ortes) verbreitet und systematisiert; und auf der anderen Seite durch die Aneignung des Marxismus-Leninismus und seiner Konfrontation mit der Praxis.

Das "Hineintragen" des sozialistischen Bewußtseins erfolgt durch die kommunistischen Organisationen bzw. (als deren höchste Form) die Kommunistische Partei. Die Ideologen der kleinbürgerlichen Intelligenz behaupten nichts anderes, als daß die kommunistischen Organisationen ausschließlich oder vorwiegend aus "Vertretern der Intelligenz" bestehen müßten.

Das entspricht zwar der gegenwärtigen Struktur vieler kommunistischer und "ML"-Organisationen. Hieraus folgt aber gerade die Notwendigkeit einer verstärkten Heranziehung bzw. Heranbildung von Revolutionären aus dem Proletariat.



Die Arbeiterzeitung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES erscheint monatlich

Arbeiterkampf

Preis - .50

JANUAR 1972

zu beziehen durch ARBEITERBUCH, Hamburg 13, Grindelhof 45

Mit Artikeln zu den Betriebsrätewahlen, zum Ausgang der Metalltarifrunde, zur Besetzung Ostpakistans durch Indien, zur CDU-"Expertise" gegen Demokraten an der Hamburger Uni, Texaco-Streik und Berichten aus Betrieben

“KPD/ML” & “KPD/AO” —

Zwei Modelle des “Parteiaufbaus”

So falsch es wäre, den Revisionismus moderner Prägung mit dem XX. Parteitag der KPdSU “beginnen” zu lassen, so richtig ist es andererseits, hier den Beginn der gegenwärtigen Spaltung der kommunistischen Weltbewegung zu sehen.

Auf dem XX. Parteitag, der im Frühjahr 1956 stattfand, wurde Stalin, der bis zu seinem Tod 1953 maßlos vergöttert worden war, in “Acht und Bann” getan. Die Periode des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion wurde dargestellt als eine einzige Kette von Verbrechen, deren Hauptverantwortlicher Stalin gewesen sein sollte. Es zeigte sich, daß die “Entstalinisierung” den Zweck hatte, die zu Lebzeiten Stalins eingeleitete bürgerliche Restauration in der Sowjetunion auf eine qualitativ neue Stufe zu heben.

Auf dem XX. Parteitag der KPdSU wurde außerdem die These verkündet, die Bedingungen für einen “friedlichen Übergang” zum Sozialismus in den imperialistischen Ländern würden zunehmend günstiger. Außenpolitisch wurde behauptet, daß die Vermeidung von Kriegen möglich geworden sei.

Der XX. Parteitag der KPdSU, verbunden mit den folgenden Ereignissen in Polen und Ungarn, hatte zwar Verwirrung in den kommunistischen Parteien, kleinere Abspaltungen oder teilweise sogar Massenausritte (KP Italiens) zur Folge, aber im wesentlichen konnte die neue Politik durchgesetzt werden.

Das war Ausdruck des schlechten Zustandes, in dem sich die meisten kommunistischen Parteien schon zur Zeit des XX. Parteitags befanden. In diesen Parteien bestand eine bloß äußerliche “Disziplin”, die beruhte auf der vom Kapitalismus erzeugten spießbürgerlichen Bequemlichkeit einerseits und moralischer Einschüchterung andererseits. Die kapitalistische Produktion erzeugt auch in der Arbeiterklasse ein spießbürgerliches Denken, eine “Untertanen”-Mentalität: daß es bequemer ist, Vorgesetzten nicht zu widersprechen; daß Vorgesetzte ohnehin mehr “Sachverstand” haben und die Dinge schon durchschauen, auch wenn ihre Entscheidungen offenbar idiotisch sind; daß Kritik meist Scherereien bringt; daß man besser tut, nicht “aufzufallen” usw. usf. Zu dieser “naturwüchsigen” Disziplinierung wurde der moralische Druck gefügt. Die kommunistischen Parteien hatten in der Ära des Stalinismus eine traurige Geschicklichkeit darin gewonnen, mit innerparteilicher Kritik fertig zu werden. Da die Sowjetunion das erste und damals einzige sozialistische Land war, schien die Solidarität jede noch so berechtigte Kritik an der Entwicklung der Sowjetunion, an der KPdSU usw. zu verbieten. Es gab nur zwei Lager, das kapitalistische und das sozialistische, und wer die Sowjetunion oder die KPdSU kritisierte, stand schon “auf der anderen Seite der Barrikade”. Diese Methode haben die Revisionisten nicht erfunden, sondern nur verfeinert und perfektioniert. Wenn aber die Sowjetunion und die KPdSU außer Kritik standen und “immer Recht” hatten, so eben auch die von ihnen protegierten Führer der kommu-

nistischen Parteien. Wer Kritik übte, war jedenfalls ein “Spalter”, und womöglich gleich noch ein bezahlter Agent.

Diese Parteien waren “sturmreif” für den modernen Revisionismus. Sie waren nicht mehr in der Lage, aus eigener Kraft auch nur eine nennenswerte Opposition gegen den Revisionismus hervorzubringen.

So kam es, daß eine systematische Kritik der revisionistischen Positionen nur von der KP Chinas geübt wurde, die hierin von der PdA Albaniens und einigen asiatischen Parteien unterstützt wurde.

Daß eine Spaltung der kommunistischen Weltbewegung besteht, ist außer Zweifel. Schon auf den Welttreffen kommunistischer Parteien in Moskau 1957 und mehr noch 1960 prallten die Widersprüche heftig aufeinander; jedoch wurde die Diskussion zu dieser Zeit immer noch intern, nichtöffentlich geführt.

Heute kann man feststellen, daß die chinesischen Genossen unrecht hatten, die Diskussion allzulange “intern” zu führen. In der Ära des Stalinismus war die Regel entstanden, Differenzen nicht offen auszutragen. Lenin dagegen war immer der Meinung, Differenzen offen auszutragen, damit sich die Arbeiter überzeugen können, worum es geht. Lenin scheute sich nicht, selbst unter den Bedingungen extremer Unterdrückung und Verfolgung durch den zaristischen Polizei-Apparat alle Meinungsverschiedenheiten unter den Revolutionären schonungslos offenzulegen.

1961 durchtrachen die Führer der KPdSU das Prinzip der internen Diskussion, indem sie auf ihrem XXII. Parteitag die PdA Albaniens diffamierten und zum Sturz der albanischen Regierung aufriefen. Erst danach entschlossen sich die chinesischen Genossen, nun auch ihrerseits die Meinungsverschiedenheiten offen darzulegen. Das führte dazu, daß seit 1962 eine offene Polemik um die Generallinie der kommunistischen Weltbewegung im Gange war.

Erst jetzt, unter dem Eindruck der chinesischen Stellungnahmen, kam es überhaupt zur Herausbildung anti-revisionistischer Strömungen in Westeuropa, die den speziellen Charakter der “ML”-Bewegung annahmen. Die KP Chinas wurde ohne eigenes Verschulden zum zentralen Anziehungspunkt für die Unzufriedenen innerhalb und am Rande der “traditionellen” kommunistischen Parteien.

Die so entstehende “ML”-Bewegung war aber alles anderes als einheitlich. Wo der Bruch mit den revisionistischen Parteien politisch motiviert war, handelte es sich um eine breite Skala, vom Anarchisten bis zum Stalinisten. Daneben strömte in großer Zahl der Sumpf in die “ML”-Bewegung ein: verkannte Genies, die es in den revisionistischen Parteien zu nichts gebracht hatten; abgehalfterte Funktionäre; Sektierer aller Schattierungen; kleinbürgerliche Vereinsmeierer auf der Suche nach einem neuen Betätigungsfeld usw. usf. Das Zusammentreffen mit der Studenten-Revolution 1968/89 führte der “ML”-Bewegung weitere kleinbürgerliche Elemente zu.

Die Revisionismus-Kritik in Westeuropa wurde nicht aus den Klassenkämpfen und in Beziehung zu diesen entwickelt, sondern davon isoliert entweder als Ergebnis bestimmter intellektueller Einsichten, die das Produkt der Lektüre der chinesischen Polemik waren oder aber aus emotionalem Protest gegen die äußerlichen Erscheinungsformen des modernen Revisionismus. Entsprechend schwer fiel es den Revisionismus-Kritikern, ihre Kritik zu konkretisieren oder gar eine alternative Strategie und Taktik zu entwickeln, die den Aufbau neuer kommunistischer Parteien möglich gemacht hätte.

Die ersten westeuropäischen "ML"-Gruppen, die Anfang der 60er Jahre entstanden, waren daher fast ausschließlich Vertriebszirkel für chinesische Publikationen und Traditionsverbände zur Pflege des ewigen Andenkens an Stalin.

Mao hat beschrieben, wie in China die Übernahme des "europäischen" Marxismus-Leninismus mechanische, dogmatische Formen annahm. Vor dieser Gefahr hat Mao immer wieder eindringlich gewarnt:

"Die Kommunisten sind internationale Marxisten, aber wir können den Marxismus nur dann in die Praxis umsetzen, wenn wir ihn mit den konkreten Besonderheiten unseres Landes integrieren und ihm eine bestimmte nationale Form geben. Die große Stärke des Marxismus liegt gerade in seiner Integration mit der konkreten revolutionären Praxis aller Länder ... Daher wird die konkrete Anwendung des Marxismus in China in der Weise, daß er in jeder seiner Äußerungen die erforderlichen chinesischen Charakterzüge aufweist, d.h. eine Anwendung des Marxismus im Lichte der Besonderheiten Chinas, zu einem dringenden Problem, das die ganze Partei verstehen und lösen muß. Man

muß die ausländischen Schemata beseitigen, weniger hohle, abstrakte Phrasen dreschen und den Dogmatismus ruhen lassen ..."

(Mao, Werke, Bd. II, S. 246)

In Westeuropa "verstanden" es einige Leute, nun ihrerseits aus den Stellungnahmen der chinesischen Genossen neue ausländische Schemata, neue hohle, abstrakte Phrasen zu machen. Sie schafften es nicht, die Vorstellungen der chinesischen Genossen in konkrete Praxis für den Klassenkampf in Westeuropa zu verwandeln. Diese Leute haben lange Zeit die Entwicklung der ML-Bewegung behindert und sabottiert.

Mao lehrt uns, daß der Schematismus nichts anderes ist als eine Form des kleinbürgerlichen Subjektivismus, bedingt durch den starken kleinbürgerlichen Einfluß innerhalb der Bewegung (Mao, Werke, Bd. III, S. 58). Nicht zufällig sind daher die Weggefährten des Schematismus: Phrasendrescherei, Größenwahn, Karrierismus, Vereinsmeierei und "Links"kinderei. In diesem Stadium der "ML"-Bewegung setzten sich fast immer diejenigen Leute durch, die am lautesten und "radikalsten" auftraten und die es verstanden, zentrale Zeitungen und Geldmittel in ihre Hand zu bekommen.

Dies alles zusammengenommen führte zu dem spezifischen Charakter der westeuropäischen "ML"-Bewegung mit ihren ständigen Spaltungen und wilden "Parteigründungen", mit ihrem ganzen organisatorisch-theoretischen Wirrwarr und ihrem objektiv provokatorischen, arbeiterfeindlichen Charakter.

Es handelt sich hier nicht um eine besondere westdeutsche Fehlentwicklung, sondern um jene allgemeine Entwicklung, die die "ML"-Bewegung in Westeuropa genommen hat.

I. Die "KPD/ML"

In der BRD begann Ernst Aust, von 1953 bis 1966 Herausgeber der revisionistischen Wochenzeitung BLINKFÜER, 1967 mit der Herausgabe des "Roten Morgen". Eine Reihe kleiner, lokaler Gruppen sammelte sich um den "Roten Morgen" und orientierte sich an dessen "Linie". Da aus dem Kreis um den "Roten Morgen" ein Jahr später die erste "KPD/ML" hervorging, lohnt es sich, die Stellungnahmen des RM zum Parteaufbau zu untersuchen.

In der ersten Nummer des RM, vom Juli 67, hieß es: "Die Hauptursache für den schlechten Zustand unserer Partei ... ist, daß aus unserer revolutionären marxistisch-leninistischen Partei, eine Partei revisionistischen Typus geworden ist. Daß eine Handvoll Leute die Führung usurpierten, um die von Chruschtschow entwickelte und der jetzigen Führung im Kreml fortgeführte ... antimarxistisch-leninistische Linie zu übernehmen ..." (idealistische, kleinbürgerliches Verständnis vom modernen Revisionismus, der nicht als innere Entwicklung der Partei verstanden wird). "Die

von dem Genossen Mao Tse-tung eingeleitete Kulturrevolution hat allen Marxisten-Leninisten ... neue Hoffnung gegeben und ihnen den Weg gezeigt, den sie einschlagen müssen. Für uns Marxisten-Leninisten der KPD heißt die

Lehre daraus: der Handvoll Parteileute - und es sind wirklich nur wenige - die sklavisch den Befehlen der sowjetischen Revisionisten und ihrer Mandlanger in der DDR folgen, die Macht zu entreißen, damit unsere Partei wieder zu dem wird, was sie einmal unter der Führung Karl Liebknecht und Ernst Thälmanns war: die revolutionäre Vorhut der deutschen Arbeiterklasse, des deutschen Volkes ..." (mechanische Übertragung der Auseinandersetzungen innerhalb der chinesischen Kulturrevolution). "Einige Genossen machten den Vorschlag, ... eine neue ml. Partei zu gründen. Nach gründlicher Beratung kamen wir zu dem Schluß, daß ein solches Vorgehen zur Zeit unter den in Westdeutschland waltenden Umständen nicht zweckmäßig wäre. ... Wir denken nicht daran, der Handvoll Leute in unserer Partei, die Machtpositionen innehaben und den revisionistischen Weg gehen, das Feld zu überlassen ..."

Im Januar 68 wurde dagegen im RM schon die "Sammlung aller Kommunisten, fortschrittlichen Arbeiter, Studenten und Bauern in einer marxistisch-leninistischen Partei propagiert. "1968 wird für uns das Jahr der Sammlung und des Zusammenschlusses aller Marxisten-Leninisten Westdeutschlands sein. An seinem Ende wird die auf breitester Basis

vollzogene Einheit stehen!" Über etwa mögliche Schwierigkeiten wurde burschikos hinweggehüpft: "Es wäre gelacht, gelänge es uns nicht in einem Land mit der ruhmreichen Tradition eines Marx, Engels, Bebel, Liebknecht und Thälmanns, eine marxistisch-leninistische Partei auf die Beine zu stellen!..." Genossen, die schon zu dieser Zeit dem bodenlos leichtfertigen Geschwätz des RM-Herausgebers entgegentraten und auf die vor uns liegenden Schwierigkeiten hinwiesen, wurden als Defätisten und Agenten der Revisionisten abqualifiziert.

Im April 1968 fand dann ein erstes Gespräch der auf den RM orientierten Gruppen statt. Dies waren Gruppen aus Mannheim, Hamburg, Karlsruhe sowie Reste einer ein Jahr zuvor gegründeten "Freien Sozialistischen Partei" (FSP/ML). Die "FSP/ML", die die größte Zahl von "Delegierten" stellte (das Treffen fand in ihrem Vereinslokal statt), bestimmte den Gang der "Diskussion". Für die "FSP/ML" ging es um die sofortige Gründung "einer neuen Partei". Hiermit scheiterten sie in der Abstimmung nur knapp. Dann forderten sie, "wenigstens" den Termin der Gründung und den Namen der zu gründenden "Partei" festzulegen. Auch dieser Antrag scheiterte in der Abstimmung.

Es ~~in~~ eine gemeinsame Erklärung zustande, die folgenden Wortlaut hatte:

"Die bestehenden marxistisch-leninistischen Gruppen... haben auf ihrer Tagung am 27. April beschlossen, ihre Arbeit politisch und organisatorisch mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei zu koordinieren. - Ihr Organ ist der ROTE MORGEN."

Im RM, Mai 68, hieß es zu diesem Treffen: "Ein entscheidender Schritt ist getan. Die zur Zeit stärksten marxistisch-leninistischen Gruppen Westdeutschlands haben beschlossen, ihre Kraft zu vereinen und zur Offensive überzugehen." Andere Gruppen könnten sich "anschließen", sofern sie "sich vorbehaltlos zu den Lehren Marx, Engels, Lenins, Stalins und Mao Tse-tungs bekennen." Die Gründung einer Partei werde "nicht leicht sein", hieß es weiter. Dies wurde begründet mit der Notwendigkeit der "Reinerhaltung der eigenen Reihen", denn "natürlich... werden die modernen Revisionisten versuchen, ihre Agenten in unsere Reihen einzuschleusen..." Woran erkennt man die "Agenten der Revisionisten"? "Ihr einziges Streben ist es, die Führung an sich zu reißen, um die Bewegung auf die Ebene eines Diskussionszirkels zu bringen. Sie sind in Worten groß, lehnen aber jede direkte Aktion ab oder versuchen, sie zu hintertreiben unter dem Vorwand, man müsse vorsichtig sein, sonst würden einen die Massen der Werktätigen nicht verstehen - wie überhaupt typisch für sie ist ihr mangelndes Vertrauen in die Kraft der Arbeiterklasse."

Aus der demagogischen Schreibe des RM-Herausgebers ins deutsche übersetzt heißt das: Ich habe jetzt meinen Laden eröffnet, mit dem ich bis Jahresende (vgl. RM vom Januar) eine Partei gründen will. Andere können sich anschließen, wenn sie bereit sind, mir blind und "vorbehaltlos" zu folgen. Leute, die jetzt erst über Strategie und Taktik diskutieren wollen oder die mir eventuell einmal "die Führung" streitig machen könnten, werde ich schonungslos als "eingeschleuste Agenten der Revisionisten" diffamieren. - - -

Fragen des Parteaufbaus oder einer kommunistischen Stra-

tegie und Taktik wurden im RM in den folgenden Monaten nicht diskutiert. Im September 68 erschien dann plötzlich ein Artikel "Die marxistisch-leninistische Bewegung Westdeutschlands wächst und erstarkt". Dort hieß es: "Überall in Westdeutschland, zur Zeit in 21 Städten und Orten, arbeiten marxistisch-leninistische Gruppen oder befinden sich solche im Aufbau, vereinigen sie sich mit dem Ziel der Gründung einer deutschen revolutionären marxistisch-leninistischen Partei." Diese aus der Luft gegriffenen Zahlen, die dann auch Eingang in die bürgerliche Presse fanden, ließen auf trübe Absichten des RM-Herausgebers schließen.

Die Hamburger Gruppe, die sich schon im Frühjahr vom RM-Herausgeber getrennt hatte, verschickte deshalb mit Datum vom 28. September 68 eine Stellungnahme an die anderen Teilnehmer des Treffens vom 27. April.

Die Hamburger Gruppe warnte entschieden vor einem Gründungsopportunismus und forderte die Eröffnung einer offenen Diskussion im RM. Die Mannheimer und Karlsruher Genossen stimmten dieser Erklärung weitgehend zu.

Der RM-Herausgeber, der die "Parteigründung" unbedingt am Jahresende über die Bühne bringen wollte (es war der 50. Jahrestag der KPD-Gründung, in deren Tradition sich der RM stellen wollte), mußte nunmehr befürchten, daß ihm doch noch in letzter Minute "die Felle davonschwimmen" würden.

Er rief deshalb die ihm noch ergebenen Leute zum 26. Oktober nach Köln zusammen und ließ sich von ihnen zum "vorläufigen Vorstand der sich neu konstituierenden KPD(ML)" krönen. Zu dieser Konferenz waren etwa 15 Leute erschienen, darunter die Veranstalter einer tumultarischen "Parteigründung" im April 1967 ("FSP/ML") und einige Studenten aus Westberlin und Kiel. Die Mehrheit der zu dieser Zeit auf den RM orientierten Gruppen war dem Krönungsakt ferngeblieben.

Im RM, Okt./November, war ein hanebüchener Gründungsauftrag zu finden. Es hieß dort u. a.: "Arbeiter, Bauern, Studenten - alle, die Ihr sonst nichts besitzt als Eure körperliche oder geistige Arbeitskraft, die Ihr Tag für Tag an die Kapitalisten verkaufen müßt - vereinigt Euch zur Gründung einer marxistisch-leninistischen Partei!" -

Sämtliche Ausgebeutete und Unterdrückte - und nicht etwa ein Vortrupp - wurden zur Gründung der "Partei" aufgerufen. Für eine kommunistische Partei reichlich seltsame Prinzipien! Dahinter stand ganz einfach, daß der RM-Herausgeber isoliert war und nehmen mußte, was zu kriegen war, ohne bei der "Partei"-Gründung besonders wählerisch sein zu können. Wer mittun wollte, war herzlich willkommen. Bereits im Januar hatte der RM ja die "Samm lung aller fortschrittlichen Arbeiter, Studenten und Bauern in einer marxistisch-leninistischen Partei" propagiert.

Die "KPD/ML" war zwar der Zahl der Mitglieder nach nur eine winzige Sekte, aber ihren Organisationsprinzipien nach war sie eine "Massenpartei". D. h. die Türen der "Partei" standen weit offen und es war ein ständiges Kommen und Gehen. Wer clever war, konnte blitzartig in eine "Landesleitung" oder gar ins "ZK" kommen.

Die Gründung der "KPD/ML" wurde von Hamburger Genossen in einer Erklärung vom Januar 1969 so eingeschätzt:

"Es gibt keinerlei politische Schulung in den einzelnen Gruppen, von einem zentralen und allgemeinverbind-

lichen Schulungsprogramm ganz zu schweigen. Welche Verbindungen sind zu fortschrittlichen Arbeitern, Schülern und Studenten geknüpft worden? Welchen Anteil haben die RM-Gruppen an den politischen Kämpfen des letzten Jahres? - Und die 'Gruppen'? Viele von ihnen stehen überhaupt nur auf dem Papier, führen nicht einmal regelmäßige Zusammenkünfte durch. Die meisten der alten Gruppen haben sich inzwischen von Aust getrennt. Über die neuen Gruppen besteht keinerlei Kontrolle.

Wer es versteht, Aust nach dem Munde zu reden, wird bedenkenlos zu allen internen Beratungen hinzugezogen. Dagegen wurden die süddeutschen Gruppen, die seit Jahren politische Arbeit leisten, nur wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber Aust aufs Abstellgleis geschoben.

Derartige subjektivistische Methoden in der Auswahl der 'Führungsspitze' öffnen natürlich dem Klassengegner Tür und Tor... - Und auf diesem Fundament soll eine marxistisch-leninistische Partei entstehen

können? Eine Partei, die sich mit dem Namen KPD schmückt? - Die Folgen sind absehbar: Willkür der oberen Gremien, völlige Hilflosigkeit und Zerfall der unteren Gremien, Zänkereien, schließlich Spaltung - noch geschürt von den Agenten, die der Klassenfeind jetzt natürlich haufenweise in die Partei einschmuggeln kann."

Die Genossen sahen damals die weitere Entwicklung richtig voraus und fragten:

"Wie überwinden wir die leidige Zersplitterung der fortschrittlichen Kräfte? Durch die sektiererische Gründung immer neuer 'Parteien' ohne festes politisches Fundament und ohne die geringste Basis unter den fortschrittlichen Arbeitern, Schülern und Studenten? Solange, bis sich keiner mehr in den Konfusum durchfindet? - Nein, sondern indem wir zunächst das Fundament einer Partei erarbeiten, bevor wir uns an ihre Gründung wagen..."

II. Die KPD/AO

Die vor einigen Monaten gegründete "KPD" entstand später als die "KPD/ML". Die Gründer waren Studenten, die zur Zeit der "KPD/ML"-Gründung (Ende 1968) noch stramm "anti-autoritär" und "anti-stalinistisch" waren und gegenüber dem "rigiden leninistischen Organisationsmodell" tiefen Widerwillen empfanden. Erst nach dem Scheitern der Studenten-Revolte kriegten die "KPD"-Gründer die Kurve. Sie wurden "umgestülpte" Anti-autoritäre, "umgestülpte" Anti-Stalinisten. Ihre "neue" Politik war genauso kleinbürgerlich und unsinnig wie ihre frühere.

Unione Wer die "KPD" verstehen will, muß sich die italienischen "Unione" ansehen, nach deren Vorbild die "KPD" entstand. Die "Unione dei Comunisti italiani/ml." entstand im Herbst 1968, also zwei Jahre nach Gründung der ersten "ML"-Partei in Italien. Maßgeblich beteiligt an der "Unione"-Gründung war die trotzkistische Gruppe "Falce e martello" (Hammer und Sichel), sowie studentische Zirkel. Diese Leute, die von ihrer politischen Vergangenheit her als Anti-Kommunisten zu betrachten waren, kippten plötzlich um in einen krassen Stalin-Kult, den sie sehr systematisch betrieben. Der Stalin-Kult war aber auch das einzige, was diese Herrschaften "konsequent und prinzipienfest" betrieben. Ansonsten paßten sie ihre Politik ständig den "Gegebenheiten" an.

Die "Unione" betrieb zunächst eine "links"sektiererische, volkstümmerische Politik. Nach dem Muster der Volksbefreiungskriege wurde die Bildung "roter Stützpunkte" in Italien propagiert. Diese sollten vor allem in den ländlichen Gebieten Südtaliens entstehen, wegen des "natürlichen Altruismus (=Selbstlosigkeit) des Volkes von Süditalien". In dieser Phase betrieb die "Unione" vor allem die Stadtteil-Basis-Arbeit.

Hiervon schwenkte die "Unione" 1969/70 um in eine Nachtrabepolitik gegenüber der revisionistischen PCI.

Zentrale Losung der "Unione" wurde: FÜR REFORMEN GEGEN DIE MITTE-LINKS-REGIERUNG! Diese Nachtrabepolitik brachte der "Unione", die scheinbar militanter auftrat als die Revisionisten, kurzfristig einen beträchtlichen Zulauf beim Aufschwung der spontanen Arbeiterkämpfe im Herbst 69 und Frühjahr 70. Die Anpassung an die Revisionisten gelang aber so komplett, daß beim Nachlassen der spontanen Arbeiterkämpfe - etwa ab Sommer 70 (Aussetzung des Generalstreiks vom 7. Juli) die "Unione" von der Bildfläche verschwand.

Die "Unione" betrieb bald nach ihrer Gründung, also in ihrer "linken" Phase, eine sehr rege internationale "Informationsarbeit". Ausländische Genossen wurden in grosser Zahl zu "Schulungen" auf Kosten der "Unione" nach Italien eingeladen. Eine nicht unbeträchtliche Zahl von SDS-lern reiste auf diese Weise billig ins Land, wo die Zitronen blühen. Das hatte wiederum zur Folge, daß die "Unione" in den SDS-Hochburgen Westberlin und Frankfurt relativ großen Einfluß ausübte. Dieser Einfluß reichte zeitweise bis in die "KPD/ML" (RM) hinein, die auf einem "Unione"-Kongreß 1969 mit Delegierten vertreten war.

Wahrscheinlich ist es übertrieben, die "Unione" als "sozialfaschistische Trotzkistenbande" und "Agentur des Imperialismus" zu bezeichnen, die eine "gezielte Agententätigkeit" entfaltete und die angereisten Studenten "für Spaltungs-, Zersetzungs- und Subversionsaufgaben" schulte (Vgl. "Revolutionärer Weg", Sondernummer I/71).

Jedenfalls war die Politik der "Unione" schädlich für die Entwicklung der kommunistischen Bewegung Italiens und übte durch die "Schulungen" einen verhängnisvollen Einfluß auch auf einzelne westdeutsche Gruppen aus.

Die "Unione" vertrat das Konzept eines Parteiaufbaus durch

Studenten. Jochen Kreimer, damals führender Funktionär der "KPD/ML" in Westberlin und Vertreter der "KPD/ML" auf dem oben erwähnten "Unione"-Kongreß, beschrieb dieses Konzept 1969 folgendermaßen:

"In der ersten Phase existieren studentische Kerne, die den Aufbau der Organisation streng zentralistisch von oben nach unten durchführen sollen. In der zweiten Phase sollen die Kerne 'proletarisiert' werden, wobei die Arbeiter durch Propaganda studentischer Genossen vor den Betrieben mobilisiert werden. ... Für die Aufbauphase, wo man relativ wenig ideologische Klarheit von Mitgliedern erwarten kann, genügt es vollauf, wenn die Zentrale die Grundlagen des Marxismus-Leninismus beherrscht. ..."

"Parteiaufbau" durch Studenten

Die Gründung der "KPD/AO" im Februar 1970 orientierte sich an diesem "Parteiaufbau"-Konzept der "Unione". Der vorläufigen Plattform der "KPD/AO" vom Februar 70 ist folgender Plan zu entnehmen:

Einige Studenten, die ihre bisherige Tätigkeit gründlich satt haben, ernennen sich zum "führenden Kern" und gründen erst einmal eine "Aufbauorganisation". Jedoch nicht ohne zuvor die für die Arbeiterbewegung maßlos wichtigen Fragen einer "revolutionären Berufsperspektive" und der "Kritik der Studentenbewegung" geklärt zu haben.

So vorbereitet, können die Studenten nun daran gehen, ihre Aufbauorganisation "den Massen als führenden Kern der Bewegung bekannt zu machen". Zu diesem edlen Zweck schickt man am besten Studenten "in ausgewählte Westberliner Fabriken", die dort als Arbeiter auf Zeit "Untersuchungen durchführen". Sie sollen nämlich "überprüfen, ob die Bedingungen zur Aufnahme einer Untersuchungstätigkeit mit Hilfe der Klassenanalyse günstig sind oder nicht". In "Ermittlungsgesprächen" mit den Arbeitern werden die Studenten im Betrieb zunächst "Voruntersuchungen führen".

Auf diese Weise kriegen die Studenten schließlich raus, "welche Arbeiter die Ausbeutung am stärksten erfahren". Diese Arbeiter sollen dann für den Eintritt in die "KPD/AO" und für die Bildung einer "Betriebszelle" gewonnen werden.

Die Phase der "Proletarisierung" hat begonnen. Nun fehlt nichts weiter, als daß die Studenten noch eine "Arbeiterschulung" durchführen, um aus gewöhnlichen Arbeitern "Arbeiterkader" zu formieren.

Das Werk wird gekrönt durch die scheinbare "Umwandlung der von Studenten und Intellektuellen geführten Organisation in eine proletarische Organisation".

Die Studenten haben einigermaßen gelernt, die bürgerliche Wissenschaft anzuwenden. Wo aber diese Methoden auf eine politische Tätigkeit übertragen werden, da wirds zynisch. Der Arbeiter verkommt zum Labor-Meerschweinchen. Er wird beobachtet, seine Bewegungen und Reaktionen werden schriftlich registriert, man führt "Ermitt-

lungsgespräche" mit ihm (horcht ihn möglichst unauffällig aus!), um sein Klassenbewußtsein zu "untersuchen". Die Genossen vom "KJVD/Neue Einheit" Westberlin haben immerhin Recht mit ihrer Warnung, daß Methoden, wie die von der "KPD/AO" entwickelten, ohne weiteres umkehrbar sind zu einer gegen die Arbeiterklasse gerichteten "Untersuchungstätigkeit" (=Bespitzelung) im Dienst der Bourgeoisie.

Die Studenten, die durch diese Schule objektivistischer, massenfeindlicher "Untersuchungstätigkeit" gegangen sind, haben sich auch die Fähigkeiten erworben, um jederzeit die Organisation unter Kontrolle zu behalten. Durch das Vorschieben einiger dafür geeigneter Arbeiter in der "zweiten Phase" wird eine nach dem "Unione"/"AO"-Plan aufgebaute Organisation ebensowenig zur proletarischen Organisation wie die DGB-Gewerkschaften.

In der "Unione" war durch das "Führerprinzip" (alle Funktionäre werden letzten Endes von oben nach unten eingesetzt - das System stammt von den Faschisten) eine Kontinuität der Leitungstätigkeit im Sinne der studentischen und anderen intellektuellen Führer gesichert. Auch hier machten die "KPD/AO"-Gründer eine Anleihe:

Es entspricht den Grundsätzen des Demokratischen Zentralismus, daß sich Mitglieder der Partei-Einheiten mit Beschwerden und Meinungsverschiedenheiten an die übergeordneten Leitungen wenden können. Dies ist z. B. im Statut der KP-Chinas vorgesehen.

Anders natürlich die "Unione". Die entsprechende Regelung im Statut der "Unione" wird in der "Vorläufigen Plattform der KPD/AO" vom Februar 1970 folgendermaßen beschrieben:

2 "...abweichende Meinungen müssen zunächst in der Grundeinheit diskutiert, sodann - beim Fortbestehen von Widersprüchen - vom Leiter der Grundeinheit dem Leiter der nächsthöheren Ebene vorgetragen werden, usw. ..."

Die "KPD/AO"-Gründer entschieden sich ausdrücklich für das Unione-Statut, "obwohl hier die Gefahr der Manipulation nicht von vornherein ausgeschlossen werden kann". Richtiger doch wohl: weil das "Unione"-Statut so hervorragende Möglichkeiten der Manipulation bietet! ... - Das "Unione"-Statut gibt den Parteimitgliedern keinerlei Rechte, sondern ist nur dazu geeignet, eine perfekte Bespitzelung von oben nach unten zu gewährleisten.

Seit Lenin ist allen Kommunisten die Rolle einer politischen Zeitung für die Entwicklung des Elements des Bewußtseins in der Arbeiterbewegung klar. Nur so kann überhaupt eine politisch-theoretisch selbständige Arbeiterbewegung entwickelt werden.

Dagegen haben die Ökonomen und Rechtsopportunisten die Arbeiter stets auf "leichtverdauliche Kost" einengen wollen, während die politisch-theoretische Auseinandersetzung für die Arbeiter "nicht konsumierbar" sei.

Warum konnte in Rußland die bolschewistische Partei sich gegenüber allen kleinbürgerlichen und bürgerlichen Gegenströmungen (Volkstümler, Ökonomen, Menschewiki, Liquidatoren etc.) durchsetzen und das russische Proletariat zur Oktober-Revolution führen? Weil die Partei alle Auseinandersetzungen offen vor den

Arbeitern geführt hat. So konnte der klassenbewußte Arbeiter verstehen, um welche Fragen gekämpft wurde.

Würde man dagegen die Arbeiter auf "leichtverdauliche Kost" beschränken, so würden sie zum willenlosen Objekt der verschiedenen Fraktionierungen, ohne zu wissen, um was es überhaupt geht. - Das geschah nach Lenins Tod mehr und mehr und hat schließlich die Kommunistischen Parteien "sturmfähig" gemacht für den modernen Revisionismus.

Wie verhalten sich in dieser Frage nun "Unione" und "KPD"? Die "Unione" sagte offen, daß es ihrer Meinung nach "voll- auf genügt, wenn die Zentrale die Grundlagen des Marxismus-Leninismus beherrscht", während von den Arbeitergenossen "relativ wenig ideologische Klarheit" erwartet werden sollte. Die "KPD"-Gründer sprechen vom Aufbau ihrer Partei durch "die besten Elemente des Proletariats und alle entschiedenen Marxisten-Leninisten aus den Reihen der revolutionären Intelligenz" (Programatische Erklärung der "KPD"). - Die "Partei" setzt sich demnach aus zweierlei Elementen zusammen: auf der einen Seite die klassenbewußtesten Arbeiter (die aber "relativ wenig ideologische Klarheit" brauchen) und auf der anderen Seite die kommunistischen Theoretiker aus der kleinbürgerlichen und ursprünglichen Intelligenz.

Die ursprüngliche "Aufbau-Konzeption sah deshalb auch zwei Arten von Schulung vor, nämlich eine "Schulung der Intellektuellen" und eine "Arbeiterschulung". Aufgabe der Schulung sollte sein, die Geschulten jeweils "in die Lage zu versetzen, die spezifischen Probleme des jeweiligen Untersuchungs- und Aktionsfeldes zu meistern" (Vorläufige Plattform der "KPD/AO", Februar 70).

Dies muß man nun in Zusammenhang sehen mit dem "Unione"- "AO"-Plan zum Parteaufbau. Dieser Plan sieht ja vor, daß in der "ersten Phase" Studenten die Partei aufbauen und daß diese Partei dann in der "zweiten Phase" in eine proletarische Organisation umgewandelt wird. Wann soll das aber geschehen? Die "AO"-Gründer warnen ausdrücklich in ihrer vorläufigen Plattform, man

dürfe "nicht dem Opportunismus anheimfallen, diese Umwandlung schon dann vorzunehmen, wenn die politische Linie noch zu unentwickelt und nicht erprobt ist. . ."

Also: es sind die Studenten und Intellektuellen selbst, die über den Zeitpunkt entscheiden, zu dem sie die Organisation in eine "proletarische" umwandeln wollen. Nämlich erst dann, wenn die politische Linie festgelegt ist. Wer soll festlegen? Die Studenten und Intellektuellen selbst!

In diesem "Aufbau"-Plan liegt ein niederträchtiger Mechanismus: die fertige "Partei" wird der Arbeiterklasse erst dann - sozusagen schlüsselfertig - übergeben, wenn die Studenten und Intellektuellen politisch-theoretisch und bürokratisch die Sache fest genug in der Hand haben, sich einige "Arbeiterführer" als Gallions-Figuren leisten zu können.

In der ganzen "ersten Etappe" wird daher möglichst wenig getan, um Arbeitergenossen über die "spezifischen Probleme ihres Aktionsfeldes" (Betrieb) hinaus für politisch-theoretische und Leitungstätigkeiten zu qualifizieren.

Eine zeitlang mag es gelingen, eine solche "Partei" durch bombastische Veranstaltungen und theatralisch herausgestellte Scheinerfolge zusammenzuhalten oder gar auszuweiten. Mit großartig inszenierten Veranstaltungen gegen den japanischen Imperialismus läßt sich vorübergehend ablenken vom eigenen Versagen im Kampf gegen den BRD-Imperialismus. Die "Unione" hat in Italien dieses System bis zum Ende durchgespielt. Die "Unione" hat aber auch gezeigt, daß letzten Endes ein kleiner Windhauch das ganze Kartenhaus zum Einsturz bringen wird.

"Unione"/"KPD" haben langfristig nur die eine Funktion, den revisionistischen Organisationen getäuschte und enttäuschte Arbeiter zuzuführen und die Entwicklung einer proletarischen Klassenpolitik vorübergehend zu stören.

Der totale Zusammenbruch der "KPD" in absehbarer Zeit ist sicher. Aufgabe der Kommunisten ist es, diesen Zusammenbruch zu beschleunigen, um die Zahl der irreführten Arbeiter möglichst gering zu halten.

Soeben erschienen !

Der "Osthandel" des BRD-Imperialismus

Der 1. Teil der vor einigen Monaten angekündigten KAB-Revisionismuskritik 4. Der 2. Teil, der eine Analyse des "sozialistischen Lagers" und der Theorie vom "real existierenden Sozialismus" enthalten wird, ist z. Z. noch in Vorbereitung.

Inhalt des 1. Teils: die politische und ökonomische Entwicklung des "Osthandels" während des "Kalten Krieges" bis zur "Neuen Ostpolitik". Der Handel mit den einzelnen Ländern (Tabellen und Graphiken). Die politische Bedeutung des "Osthandels" im Rahmen der "Neuen Ostpolitik" als Instrument imperialistischer Politik.

28 Seiten

Preis 1,-

Bestellungen an den VERLAG ARBEITERKAMPF (siehe Impressum)

Zur neusten Spaltung der "KPD/ML"



Die erste Spaltung der "KPD/ML" erfolgte im Frühjahr 70. Ein Teil der "Partei" spaltete sich ab und machte einen eigenen Laden um die Zeitung "Rote Fahne" auf. Es wurde eine Jugendorganisation "KJVD" gegründet und der Name "KPD/ML" beibehalten. Aus dieser "Partei" gingen im Herbst 70 durch Abspaltungen einige weitere "KPD/ML"s hervor.

Im Gegensatz dazu hielt die "KPD/ML" (Roter Morgen) nach außen hin relativ lange, nämlich über ein Jahr, den Anschein der Einheit aufrecht. Der Dreck wurde regelmäßig unter den Teppich gekehrt, bis es anfang zu stinken.

"In der Redaktion häufen sich die Kritiken, stapeln sich. Nichts davon erscheint im RM. Kritiken werden unterschlagen. Da stellt die Redaktion die Theorie von 'gefügigen Werkzeugen' auf und behauptet faktisch, Kritiken an der herrschenden Linie dürften nicht zur Geltung im RM kommen, solange sich das ZK nicht an die Spitze der Kritiken stellen würde!" - so heißt es über diese Zeit in einer späteren Stellungnahme ("Erklärung des Landesverbandes Südwest der KPD/ML zum Kampf zweier Linien in der Partei", Okt. 71)

In dieser Situation beschloß das "ZK" die Herausgabe einer "partei-internen" Schrift namens "Parteiaufbau". Hier sollten die Kritiker, verborgen vor der kommunistischen Bewegung außerhalb der "Partei", mal so richtig Dampf ablassen dürfen. Der "Parteiaufbau" wurde zugleich von verschiedenen Landesverbänden als "Meckerecke" abgelehnt (vgl. "Analysen und Anträge des LV Südwest", November 71).

Und immer noch liegt der Dreck unterm Teppich. Da wurde Mitte Juli ein "erster außerordentlicher Parteitag" angekündigt (laut Statut der "KPD/ML" hätte spätestens im Dezember 70 ein "ordentlicher Parteitag" stattfinden müssen, der aber immer wieder verschoben worden war)...

Die Widersprüche verschärfen sich mit Blick auf den "Partag". "Als sich die Kritiken bei der Redaktion und ZK häuften und sich nichts rührte", setzte der LV Südwest seinen bisherigen "Landespressebeauftragten" ab und setzte den Einzug zweier Genossen ins Redaktions-Kollektiv des RM durch. "Sie führten einen aktiven ideologischen Kampf gegen das Versöhnertum, erreichten, daß der ideologische Kampf innerhalb der ML-Bewegung aufgenommen wurde..." (LV Südwest, "Kampf zweier Linien..." s. o.)

Daraufhin wurde im RM vom 13. September 71 der Teppich erstmals an einer Ecke ein Stückchen hochgehoben. Mit geheuchelter Armsünder-Miene wurde mitgeteilt, man habe "die Erfüllung unserer Pflichten gegenüber unserer (??) Klasse und der Masse der Werktätigen nicht wahrgenommen", "die Rolle des bewußten und planenden Elements im Klassenkampf unterschätzt" und weiteres arg zerknirshtes. "Inzwischen haben sich nun die Kritiken am Roten Morgen innerhalb eines dreiviertel Jahres (!!) derart angehäuft, daß es unmöglich ist, sie in dieser Nummer alle zur Geltung kommen zu lassen. Dies wird jedoch in den nächsten Ausgaben nachgeholt", wurde versprochen.

Im RM vom 27. September war dann der Artikel "Die KPD/ML muß das Klassenbewußtsein der westdeutschen Arbeiterklas-

se entwickeln", abgedruckt, der vom LV Südwest eingegangen war und zwar bereits im Juli. "Obwohl die Redaktionsgenossen aus dem LV Südwest mehrfach vor der gesamten Redaktion erklärt hatten, der Artikel solle seiner Mängel wegen nicht abgedruckt werden, wurde er ungekürzt und unverändert abgedruckt" ("Entwicklung des Roten Morgen ab 9/71", aus: "Analysen und Anträge des LV Südwest", November 71). Dafür war dann aber auch im RM vom 27. September "kein Platz" für den von den SW-Genossen gewünschten Abdruck eines Artikels "Politischer Kampf und Trade-Unionismus".

In dem SW-Artikel "Die KPD/ML muß das Klassenbewußtsein..." war zu lesen, die "KPD/ML" habe mit ihrer Politik "der Arbeiterklasse geschadet und der Bourgeoisie genützt". Sie habe ihre "Agitation hauptsächlich auf der Grundlage des ökonomischen Kampfes entfaltet. Wir haben keine allseitigen politischen Enthüllungen gebracht, damit letztlich nur den ökonomischen Kampf unterstützt und sind so in Gefahr geraten, zu einer besseren Gewerkschaft zu werden..."

Diese Kritik könnte die Genossen des LV Südwest einfach als ganz besonders krasse "Links"sektierer erscheinen lassen. Indessen enthielt der Artikel einen richtigen Kern. Die Genossen kritisierten dort zu Recht die fehlenden theoretischen Grundlagen der "KPD/ML":

"Die ideologische Ursache ist unser Hochmut und unsere Überheblichkeit. Wir glauben, daß wir nichts mehr lernen müssen und lassen uns nicht richtig kritisieren. In der Praxis glauben wir, ohne theoretische Arbeit und praktische Untersuchungen eine richtige Linie entwickeln zu können. Die Fehler sind Beweise dafür, wie Rechts- und Linksoportunismus zwei Seiten ein und derselben Medaille sind. Und wie der 'linke' Opportunismus sich immer zum Rechtsopportunismus entwickeln muß. Die Selbstüberschätzung führt zu einer Unterschätzung der Arbeiterklasse, Sektierertum führt zu Nachtrabpolitik."

In dem genannten Artikel wiesen die Genossen außerdem darauf hin daß innerhalb der "KPD/ML" der Kampf zweier Linien abgeblockt worden sei. Aufgabe sei es jetzt, den revolutionären Kern der Partei zu bilden und zu stärken. Die Genossen hatten also erkannt, daß es ein solches Zentrum, einen solchen Kern in Wahrheit noch gar nicht gab.

"Nur wenn dieser Kern geschaffen wird und in der Partei in den wichtigsten Fragen eine Einheit auf revolutionärer Grundlage geschaffen wird, können wir erfolgreich gegen den Opportunismus innerhalb der Arbeiterbewegung kämpfen und die Einheit der Marxisten-Leninisten erringen. Außerdem ist die Schaffung dieses Kerns für den weiteren Aufbau der Partei von entscheidender Bedeutung. Sie ist die Voraussetzung für die Heranbildung besserer Kader..."

Da "der ideologische Kampf nicht geführt" und "das Zentrum nicht planmäßig herangebildet" werde, sei die "KPD/ML" dabei, "auf das Niveau der anderen ML-Organisationen herabgezogen" zu werden.

Mit dieser Kritik stellten die Genossen ernsthaft den Partei-Charakter der "KPD/ML" in Frage. Von hier war nur noch ein kleiner Schritt zur Einsicht, daß in Wahrheit gar keine Partei existierte, sondern die Bewegung immer noch auf der Ebene des Zirkelwesens verharret.

Im RM vom 11. Oktober schlug Herausgeber Aust mit einem Artikel "Schluß mit dem intellektuellen Geschwätz!" zurück. Erstmals warf Aust dem LV Südwest und anderen vor, "die Partei zu zerstören". Daher, "Schluß" mit der Veröffentlichung innerparteilicher Auseinandersetzungen im RM. Das wäre ja wohl noch schöner!... Fehler habe es ja wohl gegeben, gestand Aust zu, die wären im "Spontaneismus" begründet gewesen. Aha! Und wo kommt er her, der "Spontaneismus"? Davon, daß "wir die einzige Partei in Westdeutschland sind, die über keine freigestellten Kader verfügt". "Die Genossen, die mit zentralen Aufgaben betraut sind", müßten zu bezahlten Funktionären gemacht werden. Bravo, das Ei des Kolumbus gegen Spontaneismus, Opportunismus, Ökonomismus und alle sonstigen ismen! - Woher hat Aust solche Weisheiten? Aus seiner 13jährigen Praxis als Herausgeber der revisionistischen Wochenzeitung "Blinkfuer"! Es ist typisch für die Revisionisten, ideologische Mängel durch technokratische Maßnahmen "beheben" zu wollen.

Anfang Dezember fand dann der "erste außerordentliche Parteitag der KPD/ML" statt. Aust fand unter den Delegierten und selbst im "ZK" keine Mehrheit mehr und verließ erhobenen Hauptes den Parteitag. Ihm folgten die "Landesverbände" Bayern und Hamburg (der "LV Hamburg"

hat nach Austritt des gesamten dortigen "KSB/ML" im Juli 71 keinerlei Öffentlichkeitsarbeit mehr gemacht!).

Mehrheit oder nicht, das konnte Aust gleichgültig sein. Er hatte sein Schäfchen längst im Trocknen. Durch eine seit mehreren Monaten laufende "Spendensammlung" und den "Zentralen Literaturvertrieb" chinesisch-albanischer Publikationen hat er einige... Mark zusammengegaunert. Dieses finanzielle Polster erlaubt ihm die Herausgabe des RM auf lange Sicht, selbst dann noch, wenn sich auch seine letzten Getreuen verkrümelten sollten.

In einer Sondernummer des RM vom 27. Dezember wird versucht, die Spaltung der "KPD/ML" mit dem Kampf Lenins gegen die Menschewiki und Liquidatoren gleichzusetzen, während die eigentlichen Differenzen (s. o.) ängstlich verschwiegen bzw. demagogisch verfälscht werden. Schon zwei Wochen zuvor hatte Aust in einer Erklärung zum "Parteitag" markig verkündet:

"Den Marxisten-Leninisten in der KPD/ML ist es gelungen, einen Angriff von innen auf die Existenz der Partei, den die offenen und versteckten Liquidatoren mit Hilfe der Versöhner eingeleitet haben, zurückzuweisen und einen klaren Trennungsstrich zwischen bolschewistischer und menschevistischer Linie, zwischen Partei und Zirkel, zu ziehen ..."

Nun, die Vorliebe des RM-Herausgebers fürs historische Theater ist bekannt. Aber er trägt die Schminke zu dick auf und die Kostüme sind ihm zu weit. Er sieht ganz und gar nicht aus wie Lenin, sondern bloß wie ein Clown, der in viel zu großen Schuhen durch die Manege stolpert.

Die Liquidatoren in der russischen Partei wollten grundsätzliche Teile der Programms über Bord werfen und auf konspirative Arbeit verzichten, nur um von der Bourgeoisie ein Stückel "Legalität" eingeräumt zu bekommen - genauso wie heute die DKP-Führer vom Schla-



ge Bachmann & Co. Die Genossen "Liquidatoren" in der "KPD/ML" dagegen haben nichts weiter "liquidieren" wollen als einen unsinnigen, großenwahnsinnigen "Partei"-Anspruch.

Der Menschewismus in organisatorischen Fragen drückte sich aus in einer Ablehnung des Demokratischen Zentralismus. Dies wirft Aust seinen Gegnern vor. Hat es also in der "KPD/ML" Demokratischen Zentralismus gegeben? Lächerlich! Da war ein "ZK", das noch vom "Gründungspartei-tag" eingesetzt worden war, also im Dezember 1968. Von den 40 "Delegierten" dieser Gründung (die in Wahrheit nicht delegiert, sondern von Aust persönlich eingeladen worden waren) haben schätzungsweise 75%, d. h. 30, die "Partei" bei irgendwelchen Spaltungen inzwischen wieder verlassen bzw. wurden als "Trotzkisten", "Neorevisionisten" etc. etc. ausgeschlossen. Es hat also fast drei Jahre lang ein "ZK" amtiert, das von allen möglichen gewählt war, nur nicht von der Mehrheit der "Partei"mitglieder. Das war nichts weiter als übelster bürokratischer Zentralismus. Ein solches "ZK" hat keinerlei Autorität zu beanspruchen.

Inter! Dem "Statut der KPD/ML" zufolge hätte spätestens im Dezember 70 der "ordentliche Parteitag" stattfinden müssen, wo auch ein neues "ZK" hätte gewählt werden müssen. Der Parteitag wurde natürlich "verschoben". Es existierte also nach wie vor kein gewähltes Gremium der "Partei", sondern eine Gruppe, die sich selbst eingesetzt hatte und den fälligen "Parteitag" auf die lange Bank schob, um sich nicht dem Urteil der "Partei" stellen zu müssen.

Es kommt aber noch schöner! Als der "Parteitag" dann nämlich doch nicht mehr zu verhindern war und die Mehrheit nicht wunschgemäß ausfiel, setzte Aust sich mit zwei kleinen "Landesverbänden" ab und machte einen eigenen Laden auf, in dem er nun natürlich wieder im "ZK" sein darf.

Tolle Vorstellung von Demokratischem Zentralismus! Das läuft doch darauf hinaus, daß die "statutenmäßigen Organe der Partei", wie das "ZK" oder der "Parteitag" im Dreck sind und daß sich bei Meinungsverschiedenheiten innerhalb der "Partei" jeder verhinderte Napoleon mit ein paar Anhängern selbstständig macht, ein eigenes "ZK" bildet usw. Und sowas faselt vom Demokratischen Zentralismus! ? Starkes Stück!

Die Genossen "Liquidatoren" in der "KPD/ML" haben nichts erfunden oder konstruiert - sie haben eine gegebene Situation geschildert. Sie wollen nicht "die Partei in Zirkel auflösen", wie Aust jetzt im RM wettert - die "Partei" besteht überhaupt nur aus Zirkeln.

Natürlich ist es möglich, daß ein paar übergeschnappte Leute oder gekaufte Provokateure (diese beiden Sorten sind kaum noch auseinanderzuhalten!) ihren Zirkel

zur "Partei" hochjubeln und saftige Sprüche dreschen von "Vorhut des Proletariats", "bolschewistischer Partei", "stählerne Disziplin" usw. usf. Bis zum Überdruß durchprobiert in den vergangenen drei Jahren!

Aber worin besteht die Rolle der proletarischen Vorhut? Einerseits in der Anleitung von Massenkämpfen und andererseits in der Durchsetzung einer kommunistischen Strategie und Taktik im politisch-ideologischen Kampf. Die vorhandenen "Parteien" sind in keiner dieser beiden Beziehungen Vorhut. Das Wort "Vorhut" ist nichts als ein weiterer hochstaplerischer Titel, den sie sich zusammen mit dem Namen "Partei" zugelegt haben.

Im Vorwort zum Sammelband "12 Jahre" schrieb Lenin :

"Wie mir erinnerlich, machte Parvus später der alten 'Iskra' den Vernichtungskampf der Zirkel gegeneinander zum Vorwurf und predigte nachträglich eine Versöhnungspolitik. Doch das ist hinterher leicht zu sagen, und wer das tut, zeigt, daß er die damaligen Verhältnisse nicht versteht. Erstens gab es kein Kriterium für die Kraft und die Bedeutung dieser oder jener Zirkel. Viele waren aufgeblasene Gebilde, die heute vergessen sind, die aber seinerzeit im Kampf ihre Existenzberechtigung beweisen wollten. Zweitens bezogen die Meinungsverschiedenheiten zwischen den Zirkeln sich darauf, welche Richtung der damals neuen Arbeit gegeben werden sollte. Ich hob auch schon damals (in "Was tun?") hervor, daß die Meinungsverschiedenheiten zwar klein schienen, in Wirklichkeit aber größte Bedeutung hätten, denn zu Beginn der neuen Arbeit, zu Beginn der sozialdemokratischen Bewegung werde sich die Bestimmung des allgemeinen Charakters dieser Arbeit und dieser Bewegung in der Propaganda, Agitation und Organisation ganz wesentlich auswirken. Alle späteren Streitigkeiten zwischen den Sozialdemokraten galten der Frage, welche Richtung die politische Tätigkeit der Arbeiterpartei in diesem oder jenem Einzelfalle einschlagen sollte. Damals aber handelte es sich darum, die allgemeinsten Grundlagen und die grundlegenden Aufgaben jeder sozialdemokratischen Politik überhaupt zu beginnen.

Das Zirkelwesen hat seine Aufgabe erfüllt und ist jetzt natürlich überholt. Es ist aber deswegen und nur deswegen überholt, weil der Kampf der Zirkel die grundlegenden Fragen der Sozialdemokratie in aller Schärfe zur Debatte gestellt, sie in unverzüglich revolutionärem Sinne entschieden und damit die feste Basis für eine breitangelegte Parteiarbeit geschaffen hat.

Was bedeutet die Gründung des Kommunistischen Bundes?

Wir haben den Fehler gemacht, mit einer dürftigen Erklärung zur Gründung des Kommunistischen Bundes (KAB-AZ, Nr. II/12) viele Fragen offen gelassen zu haben.

Dadurch sind Unklarheiten und Mißverständnisse entstanden, die es zu klären gilt.

Wir gehen davon aus, daß die kommunistische Bewegung in der BRD sich auf der Stufe des Zirkelwesens befindet. Die existierenden "Parteien" (5 "KPD/ML"s, 1 "KPD") haben sich der Logik des Zirkelwesens bisher nicht entziehen können. Sie bleiben sogar an praktischer und theoretischer Bedeutung im allgemeinen hinter den lokalen Zirkeln zurück. In Worten alle und jederzeit "Avantgarde der Arbeiterklasse", genügt keine dieser "Parteien" ihrem Anspruch einer praktischen und politisch-theoretischen Anleitung der Kämpfe der Arbeiterklasse. Sie sind nicht einmal zu einem relevanten Eingreifen in diese Kämpfe in der Lage.

"Wir werden den Mut haben zu bekennen, daß es keine Partei gibt, und die Arbeit der Gründung und Festigung einer wirklichen Partei von Anfang, von allem Anfang an wieder aufnehmen. Uns wird ein vorübergehender Sieg des Zirkelwesens nicht in Verwirrung bringen, wir glauben und wissen, daß das klassenbewußte Proletariat Rußlands imstande ist, sich eine Partei in der Tat, nicht eine Partei in Worten, eine Partei in Gestalt wirklicher Parteikörperschaften, nicht in Gestalt betrügerischer Titel zu schaffen". (Lenin, Werke, Bd. 7, S. 135 f.)

Es wird erforderlich, die Überwindung des Zirkelwesens und der damit verbundenen Handwerkelei, die die Arbeit der Kommunisten einengen, zügig voranzutreiben. Das bedeutet für uns die Schaffung einer nationalen politischen Zeitung als Ausdruck der politisch-theoretischen Arbeit und Diskussion der kommunistischen Bewegung, und die Schaffung einer zentralen Leitung, die von den bedeutendsten (praktisch und politisch-theoretisch) Gruppen anerkannt wird. Wir glauben nicht, daß nationale Zeitung und zentrale Leitung im Kraftakt eines Zirkels oder einiger Zirkel entstehen können, sondern nur in der Dialektik von Auseinandersetzung und Zusammenarbeit innerhalb der kommunistischen Bewegung.

In der Metalltarifrunde haben verschiedene Zirkel erstmals den Versuch einer engeren Zusammenarbeit gemacht.

Dieser Versuch muß vorläufig als gescheitert angesehen werden. Die gemeinsame Plattform zur Metalltarifrunde hat bestehende Widersprüche zu Fragen der Verbindung von politischem und ökonomischem Kampf u. a. m. zwar glänzend verschleiert, aber keineswegs gelöst. Die solidarische Form der Auseinandersetzung wurde von den Führern des KB Bremen durchbrochen, die das SALZ Hamburg wegen taktischer Meinungsverschiedenheiten als "Agentur der Bourgeoisie" diffamierten und zur Liquidierung des SALZ Hamburg aufriefen. Einige Wochen später übten die

Bremer Genossen "Selbstkritik" an ihrem Vorgehen. SALZ und KAB Hamburg blieben dieser "Selbstkritik" gegenüber skeptisch, da ihnen nicht verständlich war, wie politisch handelnde und durchaus nicht unerfahrene Menschen innerhalb weniger Wochen einen solchen Zickzack-Kurs steuern könnten.

Die Aktionseinheit der Zirkel zur Metalltarifrunde brach nach der 2. Hamburger Konferenz, in deren Mittelpunkt das Selbstverständnis der Aktionseinheit gestanden hatte, weitgehend zusammen.

Wir schätzten demnach die Möglichkeiten einer weitergehenden Vereinheitlichung der bedeutendsten Zirkel im Sinne einer nationalen Zeitung und einer zentralen Leitung für gegenwärtig gering ein. Wir hielten es deshalb für richtig, wenn sich nun zumindest diejenigen Zirkel, zwischen denen dies möglich war, enger zusammenschließen würden. Dieser Zusammenschluß sollte anderen Zirkeln offenstehen, ohne aber einen besonderen "Führungsanspruch" zu erheben oder sich gar als über dem Zirkelwesen stehend zu definieren.

In Hamburg gründeten deshalb SALZ und KAB nach einjähriger, zunehmend engerer Zusammenarbeit den KOMMUNISTISCHEN BUND. Sie bildeten eine gemeinsame Leitung, bleiben aber zunächst als Organisationen mit unterschiedlicher Struktur bestehen.

In den KOMMUNISTISCHEN BUND wurden dann eine Reihe kleinerer lokaler Gruppen einbezogen, die seit längerem in Arbeitszusammenhängen mit dem SALZ Hamburg standen.

Betrachten wir nun die jetzige Struktur des KOMMUNISTISCHEN BUNDES, die von der in Statut vorgesehenen abweicht (eine überarbeitete Fassung des Statuts mit Darlegung der bis dahin gemachten Erfahrungen wird in etwa zwei Monaten vorgelegt werden).

In Hamburg gibt es eine gemeinsame Leitung von SALZ und KAB Hamburg. Inzwischen ist auch die Delegiertenkonferenz des KB, mit je einem Vertreter der KB-Gruppen, gebildet worden. Es wurde die Notwendigkeit festgestellt, eine aktionsfähige politische Gesamtleitung des KB zu bilden. Die Hamburger Vertreter sind damit beauftragt worden, hierfür Vorschläge zu erarbeiten.

Im Statut ist die Herausgabe einer politischen Zeitung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES vorgesehen.

Gegenwärtig existieren immer noch zwei getrennte Zeitungen, die sozusagen arbeitsteilig die Aufgaben einer politischen Zeitung wahrnehmen.

Für den ARBEITERKAMPF existiert eine ständige Redaktion in Hamburg aus Mitgliedern des SALZ und KAB Hamburg. Die Zeitung wird kontrolliert durch eine mindestens monatlich zusammenkommende erweiterte Redaktion, der auch Mitglieder anderer Gruppen angehören.

UNSER WEG wird von der bisherigen Redaktion der KAB-AZ zusammengestellt. UNSER WEG wird durch die gemeinsame Leitung von SALZ und KAB Hamburg kontrolliert, ist aber gegenüber der Gesamtleitung (bzw. Delegiertenkonferenz) verantwortlich.

Auf dem Wege der Überwindung des Zirkelwesens und der damit verbundenen Handwerkelei stellt die Bildung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES immerhin einen Fortschritt dar. Allerdings ist hiermit nur ein sehr kleiner Schritt gemacht worden.

Der KOMMUNISTISCHE BUND ist bisher noch nicht einmal eine einheitliche Organisation, sondern ein Block selbstständiger Organisationen und Gruppen. Der KOMMUNISTISCHE BUND umfaßt nur sehr wenige Zirkel und ist weitgehend auf Norddeutschland beschränkt.

Einige weitere Gruppen werden sich möglicherweise dem KOMMUNISTISCHEN BUND anschließen. Wir erwarten die Vereinheitlichung der kommunistischen Bewegung aber nicht als Zusammenschluß im KOMMUNISTISCHEN BUND. Die Mehrheit der Zirkel, und hierunter gerade die bedeutendsten, werden dem KOMMUNISTISCHEN BUND wahrscheinlich nicht beitreten.

Aus unserer bisherigen Kritik an den "Avantgarde-Parteien" geht klar hervor, daß wir jeden "Führungsanspruch" und damit das Hineintragen des bürgerlichen Konkurrenz-Denkens in die kommunistische Bewegung für schädlich und objektiv liquidatorisch halten. Von allen Zirkeln haben wir uns von Anfang an am entschiedensten und intensivsten mit dem "Partei"-Größenwahn auseinandergesetzt.

Nun haben wir aber einen ersten Fehler gemacht, der mit dem oberflächlichen Charakter unserer Erklärung zur KB-Gründung zusammenhängt. Wir schrieben dort nämlich:

"Der Kommunistische Bund ist noch keine Partei. Er ist auch kein Parteiersatz. Er ist vielmehr die Organisation in der jetzigen Etappe der Parteischaffung, wo vom Zirkelwesen schrittweise zum Wiederaufbau der kommunistischen Partei übergegangen wird..."

Das konnte so verstanden werden, als wollten wir eben doch einen "Führungsanspruch" gegenüber den Zirkeln außerhalb des KOMMUNISTISCHEN BUNDES erheben. Für die im KOMMUNISTISCHEN BUND zusammengeschlossenen Zirkel ist der KB in der Tat die Organisationsform in der jetzigen Etappe der Parteischaffung. Für die kommunistische Bewegung insgesamt ist der KB aber nicht mehr als eine Organisationsform neben anderen. Wie sich diese Organisationsform entwickelt und ob sie brauchbar ist, ob der KB eine kommunistische Strategie und Taktik entwickelt, die sich gegenüber den anderen Zirkeln durchsetzt - das könnte überhaupt nur die Praxis der kommenden Monate zeigen. Unsere Vorstellungen gehen gegenwärtig nicht in diese Richtung. Die Organisationsform des KOMMUNISTISCHEN BUNDES ist nicht ohne weiteres auf andere Zirkel zu übertragen und auszuweiten. Die Diskussion einer kommunistischen Programmatik haben wir gerade erst begonnen. Wir hoffen, zur Entwicklung der kommunistischen Programmatik einen wesentlichen Beitrag zu leisten - sie kann aber nur Ergebnis der Auseinandersetzung innerhalb der kommunistischen Bewegung sein.

ZUR KRITIK DER BREMER GENOSSEN AN DER KB-GRÜNDUNG

Die Nr. 10 der vom KB Bremen herausgegebenen "Kommunistischen Arbeiterkorrespondenz" enthält eine sechsseitige redaktionelle Stellungnahme "zur Gründung des Kommunistischen Bundes in Hamburg".

Die Bremer Genossen kommen zu folgender Kritik an der Gründung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES:

1. Wir halten die KB-Gründung für einen unüberlegten, voreiligen und in seiner politischen Bedeutung vor der westdeutschen kommunistischen Bewegung nicht dargestellten Schritt. Er ist damit objektiv sektiererisch und erzeugt die Gefahr, daß neue Fronten und Spaltungen entstehen.

2. Die Propagierung des Parteiaufbaus über die Schaffung einer nationalen Zeitung, die sich von Anfang an auf einige Zirkel stützen kann, um immer mehr Zirkel für die richtige Politik einer einheitlichen Partei zu gewinnen, diese Konzeption halten wir für richtig. Ohne daß diese Konzeption jedoch entfaltet und in der Auseinandersetzung zwischen den Zirkeln konkretisiert ist, muß

die Basis für eine solche Zeitung schmal bleiben, so daß sie in Gefahr steht, zum Organ eines regionalen Zirkelblocks zu erstarren.

3. Erst eine vorliegende Aufgabenbestimmung der Zeitung in der heutigen westdeutschen kommunistischen Bewegung und bei der Verschmelzung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus, sowie die Angabe der programmatischen Grundlagen der Zeitung schafft die Voraussetzung für die konkrete Auseinandersetzung mit dem Hamburger Vorschlag. Zu diesen Erläuterungen Stellung zu nehmen, ist dann die Aufgabe aller westdeutschen Kommunisten.

4. Bis diese Klärung erfolgt ist, muß der KB von den westdeutschen Kommunisten als ein Zirkelblock "Wasserkante" betrachtet werden, der regionalen Aufgaben nachgeht und weitergehende Pläne hat. Ob er für die regionale Arbeit die richtige Organisationsstruktur gewählt hat, bleibt zweifelhaft. Welches seine weitergehenden Pläne sind, bleibt vorläufig im Dunkeln.

Die Bremer Genossen haben Recht, wenn sie die mangelhafte und von daher z. T. mißverständliche politische Erläuterung der KB-Gründung durch unsere Presse kritisieren.

Diesen Mangel nehmen die Genossen nun leider ihrerseits zum Anlaß für wilde Spekulationen und demagogische Verdächtigungen.

Haben die Genossen die KB-Gründung wirklich nicht verstanden...?

So tun sie jedenfalls. Aber dann wäre es ja ein leichtes gewesen, sich zunächst einmal durch ein Gespräch Klarheit zu verschaffen. Dem größten Teil der Spekulationen und Verdächtigungen hätte so von vornherein der Boden entzogen werden können.

Anscheinend war den KBB-Führern aber gerade an diesen Spekulationen und Verdächtigungen sehr gelegen, um den Hamburger Kommunisten "wieder mal ordentlich eins auszuwischen".

Vor einigen Monaten versuchten die KBB-Führer - zusammen mit dem KB Göttingen - , das SALZ Hamburg als "Agentur der Bourgeoisie" zu diffamieren. Als dieser Angriff innerhalb und außerhalb des KB Bremen auf wenig Verständnis stieß, übten die KBB-Führer "Selbstkritik" (Wortlaut in KAB-AZ, Nr. 11/12).

In dieser "Selbstkritik" hieß es u. a.:

"... Der Ausgangspunkt für diese schwerwiegenden Fehler liegt in der Vorgeschichte des Verhältnisses zwischen SALZ Hamburg und KBB, und in der falschen Weise, wie KBB und KBG diese Vorgeschichte verarbeitet haben. ... Falsch war schon damals, daß der KBB nicht versucht hat, diese Bedenken mit den Genossen vom SALZ offen zu diskutieren. Stattdessen hat der KBB seine Bedenken durch unkontrollierte Berichte und Gerüchte aus Hamburg immer stärker zu einem subjektivistischen und spekulativen Bild ausgeweitet..."

Ausgezeichnet, Genossen vom KBB! Ihr schreibt wunderschöne, stilistisch ausgefeilte "Selbstkritiken"! Aber habt Ihr nicht bei Eurem zweiten Angriff gegen die Hamburger Kommunisten ganz dieselben Fehler gemacht wie beim erstenmal? Haltet Ihr es für eine solidarische Form der Auseinandersetzung, in Spekulationen und Verdächtigungen zu schwelgen, statt Euch vorher im Gespräch zu informieren?

In der "Selbstkritik" heißt es weiter:

"Was unser Verhältnis zum SALZ Hamburg betrifft, so werden wir mit dem SALZ Hamburg die Klärung unserer Beziehungen suchen..."

Nur zu, Genossen! Wir warten seit nunmehr drei Monaten darauf, von Euch einen Gesprächstermin zu bekommen! Ihr hattet aber in den vergangenen drei Monaten seit der 2. Hamburger Konferenz (26. September) angeblich "keine Zeit" für uns.

Wir haben die Genossen schon auf der 2. Hamburger Konferenz gewarnt:

"Haben die KBB/KBG vor dieser 'Selbstkritik' gegen das SALZ diskutieren (?) wollen, so wollen sie jetzt am SALZ vorbei diskutieren..." Seither sind die Genossen

dem von uns gewünschten Gespräch ausgewichen und haben sich aufs Herumspekulieren beschränkt, während sie ihre Kontakte mit entfernteren Zirkeln gefestigt haben und praktisch auf einen "eigenen" Zirkelblock hin vorantreiben. *

Hierbei sind die Genossen in der Wahl ihrer Mittel leider nicht sehr wählerisch. Im Artikel zur Gründung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES schreiben sie:

In demselben Heft der "KAB-Arbeiterzeitung" (11/12), in dem die Gründung des Kommunistischen Bundes bekanntgegeben wird, führen die Genossen vom KAB eine wortreiche Polemik gegen die Arbeiterbasisgruppen München, den Bund Kommunistischer Arbeiter, Freiburg, den Kommunistischen Bund Göttingen, die Kommunistische Gruppe (Neues Rotes Forum), Heidelberg/Mannheim, und den Kommunistischen Bund Bremen.

Liegt es an den Augen der Genossen? In dem genannten Heft findet sich nur ein einziger Satz zum NRF Heidelberg und absolut nichts gegen den BKA Freiburg. Der BKA wird überhaupt nicht erwähnt (abgesehen vom unkommentierten Abdruck seiner Stellungnahme zur Metall-Aktionseinheit). Wir haben in unserer Presse überhaupt noch nie gegen den BKA Freiburg polemisiert.

Was soll also die Lüge (anders können wir es leider nicht nennen!) von einer angeblichen "wortreichen Polemik" des KAB Hamburg gegen NRF Heidelberg und BKA Freiburg in diesem Zusammenhang? Offensichtlich soll eine künstliche Frontstellung unseres Kommunistischen Bundes gegen alle anderen Zirkel aufgebaut werden, und zwar besonders gegen jene Zirkel, mit denen die Bremer Genossen engeren Kontakt haben bzw. suchen.

Der Vorwurf der "wortreichen Polemik" soll uns als Leute erscheinen lassen, die genauso wie die "KPD/ML"s und "KPD"s einen prinzipienlosen Ausrottungskrieg gegen die Zirkel betreiben.

Einige Differenzen

Die Bremer Genossen haben uns schon bei ihrem ersten Angriff im September in die Nähe der "KPD/ML" etc. rücken wollen. Mit diesem saudummen Trick versuchen sie es jetzt wieder. In ihrem Artikel zur KB-Gründung schreiben sie, das der KOMMUNISTISCHE BUND "in der Mitte" steht zwischen den anderen Zirkeln einerseits und den Größenwahn-"Parteien" andererseits.

Warum? Weil der KB ihrer Meinung nach eine "Doppelstruktur der politischen Leitung" hat, nämlich einerseits die Redaktion der politischen Zeitung und andererseits das Leitende Gremium. Die Bremer Genossen stellen dazu allerlei törichte Spekulationen an, wie der KB auf diese "Doppelstruktur" gekommen sein könnte.

Lenin schrieb im "Brief an einen Genossen über unsere organisatorischen Aufgaben":

"Ich möchte nur bemerken, daß die Zeitung der ideologische Führer der Partei sein kann und muß, daß sie die theoretischen Wahrheiten, die taktischen Leitsätze, die allgemeinen organisatorischen Ideen, die allgemeinen

* Inzwischen konnte mit den KBB-Genossen ein Termin für Ende Januar vereinbart werden.

Aufgaben der Gesamtpartei in diesem oder jenem Augenblick zu entwickeln hat.

Die unmittelbare praktische Führung der Bewegung aber kann nur in den Händen einer besonderen zentralen Gruppe liegen (nennen wir sie kurzerhand Zentralkomitee), die mit allen Komitees persönlich in Verbindung steht, alle besten revolutionären Kräfte aller russischen Sozialdemokraten in sich vereinigt und alle gesamtparteilichen Angelegenheiten leitet, so die Verteilung von Literatur, die Herausgabe von Flugblättern, die Verteilung der Kräfte, die Betrauung von Personen und Gruppen mit der Leitung besonderer Unternehmungen, die Vorbereitung gesamtrossischer Demonstrationen und des Aufstandes usw.

Angeichts der Notwendigkeit, strengste Konspiration zu üben und die Kontinuität der Bewegung zu wahren, muß unsere Partei zwei führende Zentren haben: das ZO (Zentralorgan) und das ZK (Zentralkomitee). Das erste soll die ideologische, das zweite die unmittelbare und praktische Führung in Händen haben..." (Lenin, I 902 - Hervorhebungen im Text)

Freilich spricht Lenin hier von der Kommunistischen Partei. Aber die Trennung ideologischer Aufgaben einerseits und unmittelbar-praktischer Aufgaben andererseits ergibt sich schon auf der Ebene des Zirkelwesens. Dazu führt schon die unterschiedliche Verteilung der Fähigkeiten. Was die Bremer Genossen für eine "Doppelstruktur der politischen Leitung" gehalten haben, ist nichts weiter als Ausdruck der Arbeitsteilung.

Würde sich der KOMMUNISTISCHE BUND darauf beschränken, den ARBEITERKAMPF und UNSER WEG herauszugeben, so wäre eine redaktionelle Gruppe ausreichend, während ansonsten jede Gruppe völlig autonom ihre eigene Leitung bilden würde. Der KOMMUNISTISCHE BUND wäre dann nichts weiter als ein loser Zusammenhang miteinander kommunizierender und diskutierender Zirkel.

Da sich aber der KB daneben unmittelbar-praktische Aufgaben stellt, ist die Entwicklung einer einheitlichen politischen Leitungstätigkeit notwendig. Die Redaktion wäre überfordert, wenn sie z.B. auch noch die Aufgabe übernehmen müßte, eine Kampagne des KB zu den Betriebswahlen im kommenden Frühjahr praktisch anzuleiten, den Kampf gegen die Rechtsentwicklung zu koordinieren usw. usw.

Diese Aufgaben sollen von einem zentralen Leitenden Gremium übernommen werden, daß allerdings noch "in den Kinderschuhen" steckt.

Die Bremer Genossen meinen, der KOMMUNISTISCHE BUND sei "ein bündnismäßig organisierter Parteiersatz". Unsinn! Der KB ist ein vorläufig loser und sich hoffentlich zunehmend festigender Zusammenschluß einer Gruppe von Zirkeln zur Koordination ihrer unmittelbar-praktischen Tätigkeit und zur Herausgabe einer gemeinsamen Presse. Ein Parteiersatz kann der KB aus folgenden Gründen nicht sein:

- 1. der KB hat noch kein Programm, an Hand dessen er eine kommunistische Strategie und Taktik entwickeln könnte;
- 2. der KB umfaßt nur einen sehr kleinen Teil der existierenden Zirkel;
- 3. die politische Leitungstätigkeit innerhalb des KB befindet sich noch auf sehr niedrigem Niveau.

Die Bremer Genossen überraschen die Leser der KAK mit der Behauptung, innerhalb des ZK einer Kommunistischen Partei gelte das Prinzip: "Freiheit der Kritik, Einheit der Aktion". Das ist aber mal eine Entdeckung! Wir empfehlen den Genossen das I. Kapitel von Lenins WAS TUN, "Was heißt Freiheit der Kritik?" - Das Prinzip "Freiheit der Kritik, Einheit der Aktion" mag in Aktionsbündnissen anwendbar sein (für diese wurde es wohl ursprünglich gestellt), aber nicht für eine Kommunistische Partei, gar für deren ZK.

Ausgehend von ihren falschen Vorstellungen schreiben die Bremer Genossen weiter:

Freiheit der Kritik, Einheit der Aktion. Das Bündnis gremium des KB dagegen steht immer in der Gefahr, die Freiheit der Kritik möglichst wenig zu strapazieren, um die Einheit in der Aktion sicherzustellen: Seine Beschlüsse müssen einstimmig gefaßt werden, weil sonst das Ausschwenken der noch selbständigen Mitgliedsorganisationen befürchtet werden muß.

Im KB-Statut heißt es: "Beschlüsse des KB .. sollten nach gründlicher Diskussion einstimmig gefaßt werden." (Art. 5).

Ein solches Verfahren ist in kommunistischen Organisationen durchaus üblich. Damit soll gerade verhindert werden, daß Beschlüsse ohne gründliche Diskussion auf Grund zufälliger Mehrheiten zustande kommen. Einstimmigkeit wird nicht immer zu erreichen sein - sie wird aber stets angestrebt. Nachdem von den Bremer Genossen vorgeschlagenen Prinzip "Freiheit der Kritik - Einheit der Aktion" würden die nicht überzeugten, aber in der Abstimmung unterlegenen Leitungsgenossen die gefaßten Beschlüsse auf Grund bloßer "Disziplin", aber ohne wirkliche Einsicht in die Notwendigkeit durchführen. Die "Einheit der Aktion" wäre nur eine äußerliche. Hierunter würde letzten Endes sowohl die Aktion wie auch die Einheit leiden.

Dagegen streben wir an, Beschlüsse so gründlich zu diskutieren, daß eine wirkliche Einmütigkeit der Leitungsmitglieder durch Überzeugung und damit eine wirkliche Einheit des Willens erreicht wird. Dies gilt übrigens für alle Leitungsgremien, also z.B. auch für die Zeitungsredaktionen und die Gemeinsame Leitung von SALZ und KAB Hamburg.

Das Statut sieht vor, daß auch Beschlüsse über die Aufnahme neuer Organisationen in den KB "nach gründlicher Diskussion einstimmig gefaßt werden" sollten, wenn sich mit diesen "durch die Zusammenarbeit mit den schon im KB vereinigten Organisationen grundsätzliche Übereinstimmung in den politischen-theoretischen und praktischen Grundfragen ergeben hat" (Art. 5 bzw. 3). Das veranlaßt die Bremer Genossen zu der Bemerkung, daß im KB "einige Schlüsselwörter nach subjektivem Gutdünken die Pforten schließen können, ohne daß klar wäre, welche Grundsätze sie durch eine eventuelle Abweisung eines Zirkels zu schützen gedenken..."

Diese Kritik ist insofern berechtigt, als der KOMMUNISTISCHE BUND sich nicht auf ein vorhandenes Programm vereinheitlicht hat, sondern erst nach seiner Gründung eine Programmdiskussion eröffnet hat.

Allerdings sind wir unseren bisherigen Erfahrungen nach ohnehin skeptisch gegenüber oberflächlichen "programmatischen Vereinheitlichungen. In der Aktionseinheit der Zirkel zur

Metalltarifrunde gab es eine sehr schöne Plattform, auf die alle teilnehmenden Zirkel formal "vereinheitlicht" waren. Wenig später brach die Aktionseinheit auseinander. Wir könnten z. B. sagen, daß in den KB nur Zirkel aufgenommen werden sollen, die die Verbindung von ökonomischem und politischem Kampf o. ä. anerkennen. Der Wert einer derartigen Aussage wäre sehr gering.

Die Lage der kommunistischen Bewegung in der BRD ist eben immer noch so - und darin besteht ja gerade das Zirkelwesen-

daß zur kommunistischen Programmatik nur sehr allgemeine Aussagen zu machen sind, die keinen großen Wert für eine Abgrenzung haben (wenn wir einmal absehen von den groben Außenseitern wie etwa "KPD/ML")

Abgrenzung haben. Gerade deshalb wird im KB-Statut die Zusammenarbeit betont. In der Zusammenarbeit muß sich ergeben, mit welchen Zirkeln wirkliche Übereinstimmung besteht.

Die Tabellen und Zahlenangaben in UNSER WEG, Nr. 13, haben bei einigen Genossen Verwirrung ausgelöst. Tatsächlich passen die Zahlen z. T. nicht zueinander und widersprechen sich. Das liegt daran, daß z. B. Angaben über die Arbeitslosigkeit niemals sehr genau sind und unterschiedliche Maßstäbe zugrunde legen. Daher gibt es in den Statistiken unterschiedliche Angaben hierzu.

Auf s. 11 des Hefts unten rechts findet sich eine Spalte "Inflationsrate für 1971". Diese sind bei weitem zu niedrig, wie auch aus anderen Teilen des Heftes hervorgeht. Es handelt sich dabei um eine Schätzung, die der DDR-Marxist Kuczinsky im Jahr 1970 in der UZ vorgenommen hat.

Die Angaben über die Arbeitslosigkeit im Artikel auf s. 11 widersprechen den Angaben u. a. auf Seite 23 (Arbeitslosigkeit in Großbritannien). Dabei ist zu beachten, daß im ersten Fall Angaben von Mitte Oktober berücksichtigt sind, im zweiten Fall aber aktuelle Zahlen (etwa Ende November)

Die folgenden Angaben Lenins sind durch ein technisches Versehen nicht mehr auf S. 7 untergebracht worden :

Von 100 Teilnehmern an der Befreiungsbewegung (die wegen Staatsverbrechen zur Verantwortung gezogen wurden) beschäftigten sich mit :

Periode	Landwirtschaft	Industrie und Handel	Freie Berufe und Studierende	Unbestimmte Berufe und ohne Beruf
1884-90	7,1	15,1	53,3	19,9
1901-03	9,0	46,1	28,7	8,0

UNSER WEG (ehem. KAB- Arbeiterzeitung)

Monatsschrift des Kommunistischen Bundes für aktuelle Fragen der Arbeiterbewegung.

Bestellungen an den VERLAG ARBEITERKAMPF 2 Hamburg 13 Hochallee 21
PSchK. Hamburg 24 05 95

Postanschrift :

Joachim Welsch
2 Hamburg 39
Alsterdorfer Straße 375 c

UNSER WEG erscheint jeweils in der ersten Hälfte eines jeden Monats

Preis für ein halbes Jahr (6 Hefte einschl. Porto) : 4.20

Abonnements und Versand einzelner Nummer nur gegen Voreinsendung des Betrags in Briefmarken oder Vorüberweisung auf das o. a. Postscheckkonto.

Auflage : 6000